Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 557. Morgen-Ausgabe. — Verlag von Eduard Trewendt. — Donnerstag, den 28. November 1861.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 27. Nov. Die „Wiener Zeitung" meldet amtlich, daß Graf Miko der Präsidentschaft des siebenbürgischen Guberniums auf sein Ansuchen enthoben sei. Die Stelle ist einstweilen dem Feldmarschall-Lieutenant Grafen Crenneville übertragen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 27. Nov., Nachm. 2 Uhr. (Angekommen 3 Uhr 30 Min.) Staats-Schuldscheine 89⅝. Prämien-Anleihe 119½. Neueste Anleihe 108. Schles. Bank-Verein 87¾. Oberschlesische Litt. A. 129½. Oberschlesische Litt. B. 116. Freiburger 114. Wilhelmsbahn 31½. Neisse-Brieger 48. Tarnowitzer 28⅜. Wien 2 Monate 71¾. Oesterr. Credit-Aktien 65¼. Oest. National-Anleihe 58¾. Oesterr. Lotterie-Anleihe 60 B. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 134¾. Oesterr. Banknoten 72⅝. Darmstädter 79¾. Commandit-Antheile 88⅜. Köln-Minden 164¼. Rheinische Aktien 91⅝. Posener Provinzial-Bank 90½. Mainz-Ludwigshafen 113¼. — Fest.

Wien, 27. Nov., Mittags 12 Uhr 30 Min. Credit-Aktien 183, —. National-Anleihe 81, 50. London 138, 50.

Berlin, 27. Nov. Roggen: matter. Nov. 52½, Nov.-Dez. 52½, Dez.-Jan. 52½, Frühjahr 52¼. — Spiritus: flau. Novbr. $19\frac{1}{12}$, Nov.-Dezbr. 19, Dezbr.-Jan. 19, Frühj. 19½. — Rüböl: matter. Nov. $12\frac{17}{24}$, Frühjahr 13¼.

△ Ein offiziöser Wahlartikel.

Das Organ des Ministeriums, die „Sternzeitung", charakterisirt die bisherige Wahlen, und sucht in einem vorzugsweise gegen die „National-Zeitung" gerichteten Artikel den Unterschied zwischen den Kandidaten der beiden Fractionen der liberalen Partei festzustellen. Da die „Bresl. Ztg." von der Ueberzeugung ausgeht, daß sie eine Vereinigung dieser beiden Fractionen zu einer einzigen großen liberalen Partei für im Interesse des Vaterlandes geboten erachtet, so halten wir es für unsere Pflicht, die Ansichten des ministeriellen Blattes unsern Lesern mitzutheilen, und einige Bemerkungen daran zu knüpfen. Der Artikel beginnt in folgender Weise:

„Da mit Bestimmtheit vorauszusehen war, daß die „Kreuzzeitungs"-Partei bei wirklich freien Wahlen in einer verschwindenden Minorität verbleiben würde, so wird eine Charakteristik des Wahlergebnisses hauptsächlich das relative Verhältniß ins Auge zu fassen haben, in welchem die beiden Fractionen der Liberalen — die gemäßigte, welche die Sache des Fortschritts an die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Ministeriums geknüpft glaubt, und die Fortschrittspartei, welche die Abgeordneten von der Rücksicht auf die Aufrechterhaltung des Ministeriums zu entbinden wünscht — aus dem Wahlkampfe hervorgegangen sind. Die uns vorliegenden Daten sind leider zu unbestimmt, als daß wir das numerische Verhältniß der beiden Fractionen mit einiger Sicherheit constatiren könnten. Die Fortschrittspartei schreibt sich einen glänzenden Sieg zu; wir sind nicht im Stande, das Gegentheil nachzuweisen, haben aber inzwischen mit Genugthuung bemerkt, daß in manchen Kreisen, welche für jene Partei gewonnen zu sein schienen, die entschiedene Neigung vorherrscht, an den alten erprobten Abgeordneten festzuhalten, und ein bedenkliches Experimentiren mit neuen Factoren als ein der Sache des Fortschritts nicht zuträgliches Wagniß abzulehnen."

Es ist zu bedauern, daß das offizielle Blatt gleich von vornherein die beiden Fractionen vollständig falsch charakterisirt. Nach seiner Ansicht ist die Hauptfrage, um welche es sich handelt: die Aufrechthaltung des gegenwärtigen Ministeriums. So weit wir die Fortschrittspartei kennen — und wir glauben in der That sowohl die in Betracht kommenden Personen derselben als die Tendenzen zu kennen — so denkt auch nicht ein Einziger an den Sturz des Ministeriums; im Gegentheil stimmt sie mit der andern Fraction darin vollständig überein, daß sie die Aufrechthaltung des gegenwärtigen Ministeriums in der augenblicklichen Situation für eine politische Nothwendigkeit hält. Natürlich aber, wenn — was wir nicht besorgen — das Wohl und Wehe des Staates, der finanzielle Wohlstand des Volkes auf der einen, und die Aufrechthaltung des Ministeriums auf der andern Seite steht, dann wird kein Abgeordneter, mag er der gemäßigten oder weiter fortschreitenden Fraktion angehören, auch nur Einen Augenblick im Zweifel sein, wie er zu stimmen hat. Wir glauben, daß darin auch die „Sternzeitung" mit uns übereinstimmt. Es giebt Abgeordnete, welche unter allen Umständen und auf jede Gefahr hin „ministeriell" sind, aber die „Sternzeitnng" würde sich gewaltig täuschen, wenn sie meint, daß nur aus solchen Abgeordneten die gesammte gemäßigte Fraction, oder um den in Schlesien gewöhnlichen Ausdruck zu gebrauchen, die Fraction der „Verfassungstreuen" besteht. Eine geschlossene Partei des Ministeriums wie in England — ein Beispiel, welches die „Sternzeitung" anführt, — giebt es bei uns noch nicht und kann es nicht geben; dazu besteht unser Ministerium aus zu heterogenen Elementen. Nicht alle Minister flößen gleiches Vertrauen ein. Eine ministerielle Partei ist nur dann möglich, wenn sämmtliche Minister in allen Fragen der innern und äußern Politik eines und desselben Sinnes und zugleich für diese Fragen in Gesammtheit entschieden einzutreten entschlossen sind.

Die „Sternztg." begeht den Fehler, daß sie nicht den Unterschied zwischen der „gemäßigten" und der „Fortschrittspartei", sondern vielmehr zwischen einer „rein ministeriellen", die in dieser Bestimmtheit noch nicht existirt, und einem Theile der „gemäßigten" und der „Fortschrittspartei" charakterisirt. „Ministeriell" sind beide Fractionen der liberalen Partei, indem beide das Ministerium möglichst zu halten und zu unterstützen suchen und zu diesem Behufe auch nicht unnachgiebig sein werden; „antiministeriell" aber nur in dem oben angedeuteten Falle, der — wir sprechen die sichere Hoffnung aus — nicht eintreten wird, nicht einmal in der Frage der Militärorganisation.

Die unterscheidenden Merkmale der beiden Fractionen entnimmt die „Sternztg." einem Artikel der „National-Ztg." Wir haben die letztere von unserem Standpunkte aus weder zu vertreten noch zu vertheidigen und wollen nur historisch referiren, welchen Maßstab für die Erfordernisse eines Abgeordneten der Fortschrittspartei die „Nat.-Ztg." aufstellt. Zunächst ist es die Abstimmung über die Amendements Kühne und Vincke in der Militärfrage. Die „Stern-Ztg." schreibt darüber:

„Den wesentlichen Unterschied zwischen den beiden Amendements erblickt die „Nat.-Ztg.," ihren eigenen Erläuterungen zufolge, nicht darin, daß das Amendement Vincke von den Forderungen der Regierung 250,000 Thaler mehr abstreichen wollte, sondern vielmehr darin, daß dasselbe der Regierung durch „eine kleine Niederlage," wie ein anderes Blatt sich ausdrückt, eine ernste Lection zu geben beabsichtigte. Nicht also der materielle Inhalt erscheint der „Nat.-Ztg," als das Löbliche an dem Amendement Vincke, sondern diese oppositionelle Tendenz, die sie demselben jetzt unterschiebt.

Als zweiter Maßstab soll die Abstimmung über das Amendement Stavenhagen gelten, — und zwar aus demselben Grunde. Die Regierung hatte zu erkennrn gegeben, daß die Annahme dieses Amendements ihre Stellung ernstlich gefährden würde. Wer gleichwohl dafür stimmte, zeigte, daß er es hierauf wolle ankommen lassen. Und „diejenigen allerdings nicht zahlreichen Mitglieder der Fraction Vincke," sagt die „Nat.-Ztg.," „die es schon damals darauf ankommen ließen, werden als wesentlich auf dem Boden der Fortschritts-Partei stehend anzusehen sein."

Als drittes Kriterium endlich gilt die Abstimmung über das Vincke-sche Amendent in der italienischen Frage.

Indem wir es der „Nat.-Ztg." überlassen müssen, über die „blos oppositionelle Tendenz", welche die „Stern-Ztg." ihr vorwirft, derselben zu antworten, können wir mit den folgenden Worten der „Stern-Ztg." unsere volle Uebereinstimmung zu erkennen geben. Sie lauten:

„Die Pflicht des Abgeordneten liegt keineswegs darin, unbekümmert um die Folgen überall seiner individuelln Ueberzeugung einen unumwundenen Ausdruck zu geben. Jeder vernünftige Mensch erwägt die Wirkungen seiner Worte und Thaten, und dieser selbstverständlichen Pflicht kann am wenigsten ein Abgeordneter enthoben werden, da er nicht für sich, sondern für das Land einzutreten hat, und da er keineswegs zu dem Zweck in die Kammer gewählt ist, um seiner Individualität durch ein möglichst rücksichtsloses Auftreten volles Genüge zu thun. Er ist zu politischer Arbeit berufen, durch welche das Schicksal des Landes gestaltet werden soll, nicht das unbegrenzte Herauskehren seiner eigenen Individualität ist seine Aufgabe, sondern die praktische Förderung der Landesinteressen, denen durch Selbstverleugnung zuweilen mehr gedient sein wird. Ueberall also muß bei ihm die Frage nach den Folgen seiner Reden und Abstimmungen im Vordergrund stehen, und unter diesen Folgen spielt ein Ministerwechsel nie eine unbedeutende Rolle, am wenigsten in den Verhältnissen, in denen wir uns zur Zeit bewegen."

Diese Folgen der Abstimmung sind es eben, welche den jetzigen Wahlkampf so außerordentlich schwierig machen. Der Abgeordnete der „Verfassungstreuen" wie der „Fortschrittspartei" hat sich sehr ernstlich die Frage vorzulegen, und Jeder, ohne Ausnahme, legt sie sich vor: welche Folgen ein Militärbudget von 40 Millionen für das Land hat? Ob eine solche Summe für eine Bevölkerung von 17 Millionen in einem von der Natur nicht allzu reich gesegneten Lande auf die Dauer eine Möglichkeit ist, zumal da noch die Entziehung einer solchen Masse von Arbeitskräften hinzutritt? Es ist vielleicht die folgereichste Abstimmung, die in dem jungen parlamentarischen Leben Preußens bisher dagewesen ist, die folgereichste für das Land, wie auch — wir können das nicht verschweigen — für die Sache des Liberalismus. Wir würden es aber für eine schwerwiegende Ungerechtigkeit halten, gerade aus dieser Abstimmung den Maßstab für die Beurtheilung des Patriotismus herzuleiten; bei dieser Frage spricht Etwas mehr mit, als der bloße Partei-Standpunkt. Wie falsch die Klassifizirung und Charakteristik der „Sternztg." ist, möge sie daraus entnehmen, daß wir von den hier Orts, sowohl aus der Mitte der „Verfassungstreuen" als der „Fortschrittspartei" aufgestellten Candidaten noch nicht Einen gehört haben, der sich für eine bedingungslose Bewilligung des erhöhten Militärbudgets ausgesprochen hätte. Demungeachtet geben wir die Hoffnung nicht auf, daß auch in dieser Frage, wie in allen übrigen, die Interessen des Landes mit der Sache des Liberalismus, d. h. der freiheitlichen und verfassungsmäßigen Entwickelung Preußens sich wohl vereinigen lassen. Trotzdem es eine militärische Frage ist, so wird, scheint es uns, das Wort des Finanzministers von größerer Bedeutung sein, als das des Kriegsministers.

Preußen.

Pl. **Berlin,** 26. Nov. [Vom Hofe. — Zu den Wahlen.] Am Hofe werden bis in die zweite Hälfte des Januars k. J. keine größeren Festlichkeiten stattfinden; für den Carneval sollen inzwischen besonders glänzende Feste vorbereitet werden. Im königl. Hofstaat werden mehrfache Veränderungen erwartet, welche inzwischen auch erst zu jener Zeit zur Ausführung kommen dürften. Der Ober-Ceremonienmeister Graf v. Stillfried weilt gegenwärtig auf seinen Besitzungen in Schlesien und wird von dort erst um die Weihnachtszeit hierher zurückkehren. Bis dahin dürfte denn auch die noch ausstehende Publikation des Statuts des neu gestifteten Kronen-Ordens, so wie über die Erweiterung der Verleihung des Hohenzollern-Ordens, Aufhebung der Einsprache des Kapitels rc. erfolgen. — Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob bei den Wahlen zum nächsten Landtage eine größere Anzahl von Doppel- und also von Nachwahlen eintreten werde, als bisher vorgekommen sind. Man hat an entscheidender Stelle diese Eventualität jetzt in Erwägung gezogen und Vorkehrungen getroffen, daß der Termin für die Nachwahlen dem ersten Wahltage (6. Dez.) möglichst nachfolgend anberaumt werden kann. Vielfache Anzeichen sprechen dafür, daß bei den Nachwahlen die Anhänger der Hansemann-schen Richtung eine umfassendere Berücksichtigung finden werden, dagegen möchte die Mitgliederzahl der feudalen Partei im Abgeordneten-Hause kaum die Höhe der letzten Session, wo ihrer einige dreißig gewählt waren, erreichen.

Neustettin, 23. Nov. [Ein Militär-Civil-Prozeß.] Im ersten Quartal dieses Jahres sah sich ein hiesiger Gymnasial-Lehrer veranlaßt, gegen den ältesten Hauptmann unseres Bataillons, v. Cosel, eine Injurienklage an das Commando der 4. Division (Bromberg) zu richten. Das Divisions-Commando ließ gegen v. Cosel die Voruntersuchung einleiten, erklärte dann aber, daß eine Beleidigung im strafrechtlichen Sinne überhaupt nicht vorgekommen sei und stellte das gerichtliche Verfahren wieder ein. Darüber beschwerte sich der Kläger bei dem königl. General-Auditoriat und dieses beauftragte die 4. Division, die Klage kriegsgerichtlich zu erledigen. In Folge dessen kamen die Untersuchungsakten an das hiesige Kreisgericht, zur Mittheilung an den Kläger. Auf diese Weise wurde neben anderen überraschenden Enthüllungen auch dieses bekannt, daß v. Cosel in seiner ersten schriftlichen Verantwortung sein Benehmen mit der (überdies unwahren) Behauptung zu entschuldigen versucht hatte, der Beleidigte sei ein Demokrat, und daß er dann später wieder zur Entschuldigung jener Entschuldigung angegeben, er hätte nicht vermuthet, daß sein erstes Schriftstück zu den Akten kommen werde. Um ein neues Protokoll bereichert, gingen die Akten vor etwa 3 Monaten an die Division zurück; ein kriegsgerichtliches Erkenntniß ist bis jetzt nicht erfolgt.

Wilhelmshöhe, bei Halberstadt, 24. Nov. [Se. Maj. der König.] Die „Magdeb. Ztg." berichtet: „Heute Nachmittag um 3¾ Uhr kam Se. Maj. der König mit großem Gefolge auf seiner Reise nach Blankenburg hier vorbei. Eine sehr große Menschenmenge aus den benachbarten Ortschaften war herbeigeeilt, den geliebten Herrscher zu sehen, unter Anderen auch die Turner aus Halberstadt, die sich längs der Chaussee in Reih' und Glied aufgestellt hatten. Den Wünschen des Königs folgend, waren auch hier alle Festzeichen weggelassen worden; nur das reizend gelegene Wirthshaus prangte im reichen Fahnen- und Blätterschmuck. Als sich der königl. Wagen näherte, erscholl ein ununterbrochener Hurrahruf, der noch anhielt, als Se. Majestät längst nicht mehr zu sehen war. Der König dankte fortwährend aus dem offenen Wagen heraus in liebenswürdigster Weise und sah äußerst wohl und heiter aus. Die herbeigeeilten Gäste verweilten bis zur hereinbrechenden Dunkelheit, wo sich die halberstädter Turner auf der nach Blankenburg zu gelegenen Anhöhe versammelten, unter reicher bengalischer Beleuchtung das Preußenlied anstimmten und ein dreimaliges begeistertes Hoch auf den König ausbrachten. Wohl muß es wahr sein, was eine hohe Frau in den letzten Festtagen geäußert hat, daß der schönste Schmuck eines Herrschers die Liebe eines freien Volkes ist. Wenn unser heutiges kleines, improvisirtes Fest auch nur ein verhallender Klang unter den Jubelrufen ist, welche den König in den letzten Wochen umrauschten, so ist es doch ein eben so schlagender Beweis von der treuen Liebe des Volkes zu seinem Herrscher."

Hagen, 25. Novbr. [Frhr. v. Vincke.] Die gestrige Versammlung der Wahlmänner war, wie der „Köln. Ztg." geschrieben wird, zahlreich besucht, und kam dieselbe nach einiger Diskussion zu dem einstimmigen Beschluß, Herrn v. Vincke wieder zu wählen und nach der Wahl eine Deputation an ihn zu entsenden.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 21. Novbr. [Der neue französisch-taxissche Postvertrag,] über welchen während des Sommers in Paris unterhandelt wurde, ist, der „Allg. Z." zufolge, zum Abschluß gekommen, so daß derselbe nach erfolgter Zustimmung von Seiten der übrigen deutschen Postverwaltungen in Wirksamkeit treten wird. Derselbe gewährt durch Herabsetzung der Brieftaxe, Erhöhung des Gewichtssatzes, Einführung der Ganz-Frankatur bei Kreuzbandsendungen u. s. w. dem fraglichen internationalen Postverkehr weitere Erleichterungen. Die Einführung der ambulanten Bureaus auf den v. Taxis'schen Posten befahrenen Eisenbahnen ist theilweise schon erfolgt, theilweise wird sie weiter ins Werk gesetzt. Bereits gehen ambulante Bureaus auf den Strecken von Eisenach nach Salzungen, so wie von Mainz nach Worms. Mit dem 1. k. M. werden dieselben auch zwischen Mainz und Bingen und demnächst auf der Main-Weser-Bahn von Frankfurt nach Eisenach eingeführt werden.

Aus der Pfalz, 22. Novbr. [Störung des Gottesdienstes.] In Rheingönnheim und Ingelheim wurden nächtlicher Weise die Schlüssellöcher der Kirchen mit eingetriebenem Blei verstopft, um dadurch die betreffenden Geistlichen an der Abhaltung des Gottesdienstes zu verhindern. Auf das Bekanntwerden dieser Vorfälle hin, sah sich unsere Regierung veranlaßt, zwei Polizeidiener nach Rheingönnheim und vier nach Ingelheim, wo schon früher Ausschreitungen gegen den dortigen Geistlichen vorgekommen, auf Kosten der Gemeinden zu beordern, die denn auch bis auf Weiteres dort Station genommen haben. Nebenbei sollen die Nachtwachen verstärkt und in Ingelheim bis auf 20 Mann erhöht worden sein, von denen die Hälfte mit zwei Polizeidienern vor Mitternacht, die andere nach Mitternacht Patrouillen-Dienst im Orte zu machen hat. Die Vorkommnisse, wahrscheinlich eine Folge des leidigen Gesangbuchstreites sind zu bedauern und werden sicherlich auch von allen wohldenkenden Protestanten der Pfalz mißbilligt.

Wiesbaden, 23. Novbr. [Keine freiere Kirchenverfassung] Der Herzog hat das Gesuch der diezer Protestanten-Versammlung um eine freiere Kirchenverfassung abgelehnt. Ueber die der Deputation ertheilte Audienz schreibt man der „Zeit": „Der Herzog bemerkte ganz kurz: er sei der beste Protestant im Lande und zugleich auch summus episcopus; als solchem stehe ihm allein die Initiative zu in Kirchensachen, und er werde dieselbe ergreifen, wenn er die Zeit dazu gekommen erachte, darauf möge sich die Deputation verlassen und es abwarten; man möge sich auch der Theilnahme an Versammlungen enthalten, weil bei denselben nichts Gutes herauskomme; da werde immer nebenher Politik getrieben, wie man ja auch schon aus den Personen der aufgetretenen Redner gesehen habe. Hierauf entließ er die Laien und ermahnte dann die drei Geistlichen noch einmal besonders, es ruhig abzuwarten, bis er als summus episcopus die Initiative ergreife, und an Versammlungen nicht Theil zu nehmen."

Leipzig, 23. Nov. [Flottenbeitrag.] Der hiesige Ausschuß zum Bau von Dampfkanonenbooten unter preußischer Flagge hat, der „D. A. Z." zufolge, als das erste Ergebniß seiner Wirksamkeit nunmehr 7000 Thaler von dem Ertrage der hiesigen Sammlungen an das königl. preußische Marineministerium eingesendet.

Oesterreich.

Wien, 25. Novbr. [Zur Tagesfrage.] Von unterrichteter Seite wird uns bestätigt, daß das Ministerium entschlossen ist, das Budget schon in einigen Tagen vor den Reichsrath zu bringen, ohne jedoch diesen für vollständig zu erklären. Zu den diesbezüglichen Gerüchten ist gestern ein neues getreten, welches nicht ohne Interesse ist. Es soll nämlich die Frage angeregt worden sein, ob es nicht angezeigt wäre, daß die Chefs der drei Hofkanzleien an dem Tage, an welchem das Budget zur Vorlage gelangt, im Reichsrathe erscheinen? Man fügt hinzu, daß über diese Frage bereits ein Ideenaustausch zwischen den betreffenden Persönlichkeiten stattgefunden; mit welchem Erfolge, ist uns nicht bekannt. In siebenbürgischen Kreisen betrachtet man es indessen als höchst wahrscheinlich, daß Graf Nadasdy durchaus nicht anstehen wird, seinen Sitz auf der Ministerbank des Abgeordnetenhauses einzunehmen. (Presse.)

— Die städtische Communität von Bistritz in Siebenbürgen hat sich für die Beschickung des „Reichstages" durch den karlsburger Landtag erklärt, unter den drei Bedingungen: Die Ministerverantwortlichkeit wird ausgesprochen, der Reichstag erhält vorher das unbedingte Steuer- und Rekrutenbewilligungsrecht, wie der Landtag es früher besessen; dies Recht fällt an den siebenbürgischen Landtag zurück, wenn der Reichstag es je verliert.

* Wie uns aus Venedig geschrieben wird, taucht dort das Gerücht von einer bevorstehenden Uebersidelung Franz II. aus Rom mit erneuter Stärke auf. Es wird mit voller Bestimmtheit erzählt, das Palais Ferri am Canal Grande sei schon für den ganzen Winter auf Rechnung des Königs gemiethet. In Venedig ist die Errichtung einer praktischen Marine-Artillerie-Schule angeordnet und derselben die „Bellona", eine Fregatte ersten Ranges mit 40 Geschützen als Schulschiff angewiesen. Auch sollen in nächster Zeit mehrere Marine-Offiziere nach England detachirt werden, um die dortigen Einrichtungen zu studiren.

* In Bezug auf die Rekrutenstellung im lombardo-venetianischen Königreiche, welche in der 2. Hälfte Dezember beginnen soll, und deren Stärke auf 6417 Mann bemessen ist, sind einige interessante Nachtragsbestimmungen erschienen. Jedermann, der einen im stellungspflichtigen Alter befindlichen bei sich beherbergt, muß das acht Tage vor Beginn der Conscription, oder wenn dieselbe bereits ihren Anfang genommen, binnen 24 Stunden der Behörde anzeigen. Wer sich der Stellung entzieht, muß, wenn er sich später freiwillig stellt, ein, sonst zwei Jahre über die gewöhnliche Capitulationszeit dienen. Untaugliche Rekrutirungspflichtige werden in obigen Fällen mit zwei oder vier Wochen Arrest bestraft. Ein Rekrutirungs-Flüchtling, der über 36 Jahre alt ist, wird mit 6 Monaten Arrest belegt, wenn er nicht den Beweis herstellen kann, daß er zur Zeit, wo er in die erste Altersklasse gehörte, also 19 Jahre alt war, schon kriegsdienst-untauglich war. Wer einen Rekrutirungs-Flüchtling anzeigt, erhält 24 Gulden Belohnung; wer einen solchen verbirgt, wird zu dreimonatlichem Kerker verurtheilt.

Italien.

Turin, 26. Nov. [Ministerium und Parlament.] Erst bei den Debatten über die römisch-neapolitanische Frage will die Opposition den Kampf mit dem Ministerium ernstlich eröffnen. Baron Ricasoli, sagt der turiner Correspondent der „Köln. Ztg.", ist sehr verschlossen, kein Wort verräth, was er vorbereitet. Indessen sehen selbst Ricasolis Gegner, die ihn aus Interesse oder Prinzip zurücktreten sehen möchten, es gleichsam als Ehrensache, als Demonstration an, ihn jetzt nicht durch Herrn Ratazzi ersetzt zu sehen. Denn vor allem will man nicht das Ansehen haben, als sei ein Kabinetswechsel die Folge einer auswärtigen Beeinflussung. Dies verhindert nicht, daß, wenn die bevorstehenden Debatten die schwankende Situation etwas befestigt haben, Herr Ratazzi in das Kabinet Ricasoli eintritt.

Neapel, 20. Nov. [Borges.] In allen Provinzen, wird der der „Allg. Z." aus Neapel, 18. Nov., geschrieben, ist den Guerillas die Aufforderung Borges zugegangen, sich nach der Basilicata durchzuschlagen, um sich dort ihm anzuschließen. Von Foggia schreibt man, daß von den Aufständischen des Monte Gargano der Versuch, durchzubrechen, täglich befürchtet werde, und auch Cipriani hegt die Absicht, sich mit seinem Corps der Basilicata zu nähern. Eine Privatdepesche meldet zwar, daß die piemontesischen Truppen ihn bei Vigliano, 5 oder 6 Stunden von Potenza, bereits zum Kampfe gezwungen und geschlagen hätten, doch fehlt derselben bis jetzt noch jede weitere Bestätigung. Sein Corps, mit dem er am 8. in Craco, am 9. in Avigliano stand, zählt ungefähr 400 Mann zu Fuß und 100 Reiter, die mit Donatello Crocco aus den Capitanaten zu ihm gestoßen waren. Jeder Tag führte ihm neue Anhänger zu. Die Bewohner der vom Bürgerkriege heimgesuchten Basilicata riefen laut um Hilfe, und sendeten eine Deputation nach Neapel, welche am 16., durch zwei Deputirte, die sich freiwillig anschlossen, verstärkt, dem General Lamarmora die traurige Lage ihrer Provinz vorstellte. Lamarmora versicherte, daß er bereits Maßregeln zur Wiederherstellung der Ruhe getroffen habe, und daß er, falls dieselben sich als ungenügend erweisen sollten, noch kräftiger gegen den Aufstand einschreiten werde.

Aus Sizilien wird von dem guten Fortgang der Conscription gemeldet. Viele der conscriptionspflichtigen Jünglinge, welche durch das Loos frei geworden, treten freiwillig in die Armee. — In Syrakus lief am 26. Oktober das englische Schiff „James Watt" mit 891 Mann Equipage ein. Kaum waren die Matrosen auf dem Lande, als sie sich betranken. Diesen Zustand benutzten einige Industrieritter, und bestahlen die Matrosen. Als diese wieder nüchtern geworden, geriethen sie über den den Verlust in Zorn, und schlugen am folgenden Tage, um sich zu rächen, in den Cafe's sämmtliche Gläser zusammen. Sie mußten mit bewaffneter Eskorte an Bord gebracht werden, sonst hätte ein Zusammentreffen mit dem entrüsteten Volk kaum vermieden werden können.

[Der Aufstand in der Basilicata.] Der Aufstand in der Basilicata ist seit der Vereinigung des General Borges mit dem Guerillaführer Donatello Crocco zu einer sehr bedenklichen, bisher noch nie erreichten Höhe angewachsen. Nicht weniger als 17 Ortschaften, unter denen sich die nicht unbedeutenden Städte Trevigno, Accettura und Stigliano befinden, öffneten den Königlichen theils gezwungen, theils freiwillig in den ersten zehn oder zwölf Tagen des November ihre Thore. Den glücklichen Fahnen des Borges strömten die im ganzen Königreiche zerstreuten Guerillas und die bewaffneten Bauern in solcher Menge zu, daß er, der nur mit wenigen Anhängern nach der Basilicata gekommen war, am 11. mit nahezu 2000 Mann in Stigliano einziehen konnte. Nach einer Korrespondenz des gewöhnlich gut unterrichteten und in dieser Sache gewiß nicht für die Königlichen parteiischen „Popolo d'Italia" rückte die schwache piemontesische Garnison von Stigliano den Aufständischen entgegen, mußte sich aber nach tapferem Widerstande mit bedeutendem Verluste vor den überlegenen Kräften Borges und den kühnen, aus den Capitanaten gekommenen Reitern Crocco's zurückziehen. Die Bewohner von Stigliano erklärten sich schon während des Gefechtes durch das Aufziehrn der weißen Fahne für die königliche Sache und verwehrten den zurückweichenden Truppen den Wiedereintritt in die Stadt. Bis dahin ging Borges von einem Erfolge zum andern; es war ein kleines Stück eines Garibaldischen Zuges. Dann aber scheint er doch auf zu starke piemontesische Massen gestoßen zu sein, und bei Grassano eine vollständige Niederlage erlitten zu haben. Man spricht von 500 Todten und Verwundeten, die er in diesem Gefechte verloren haben soll. Es ist erklärlich, daß die offiziellen Blätter die unerwarteten, nicht abzuleugnenden Erfolge des Borges mit Stillschweigen übergehen, aber auffallend, daß sie, die sonst immer bei den kleinsten Erfolgen von großen piemontesischen Siegen zu erzählen wußten, einer so bedeutenden Affaire, wie die von Grassano es gewesen sein mußte, noch mit keiner Sylbe erwähnten. Auch stimmen die Privatdepeschen, welche die Einnahme der Ortschaften Baglia und Pietragalla durch die Aufständischen nach jenem Gefechte anzeigen, wenig mit der Nachricht von der vollständigen Vernichtung des Borgesschen Corps überein. Jedenfalls haben die dortigen Verhältnisse noch immer ein sehr gefährliches Ansehen, und weitere Berichte von ernsten Kämpfen werden nicht lange auf sich warten lassen. Einer um schnelle Hilfe bittenden Deputation aus der Basilicata versicherte Lamarmora, daß er die nöthigen Maßregeln zur Unterdrückung des Aufstandes bereits getroffen habe. Chiavone ist damit beschäftigt, seine am 11. bei San Giovanni und Isoletta erlittenen Verluste zu ersetzen, und sich zu einem neuen Einfall vorzubereiten. Die aristokratischen Namen einiger in dem Gefechte bei S. Giovanni in carica gefallenen oder gefangenen und füsilirten „Briganti's" beweisen, daß die Zusammensetzung des Chiavoni'schen Corps doch nicht eine so räubermäßige sein muß, als die piemontesischen Blätter versichern. In Rom wird zu einer neuen Expedition, die aber diesmal nach Umbrien — nicht nach den neapolitanischen Provinzen unternommen werden soll, geworben. Auf Malta entwickelt das bourbonische Comité durch die Ausrüstung von Landungsexpeditionen, deren schon mehrere glücklich in Calabrien und der Basilicata anlangten, und durch Absendung von Waffen und Munition, eine außerordentliche Thätigkeit zur Unterstützung des kämpfenden General Borjes. — Der Herzog von Cajaniello ist endlich nach einer fast achtmonatlichen Haft, da man gar keine Anklage gegen ihn aufstellen konnte, in Freiheit gesetzt worden. Durch zahlreiche Verhaftungen, die man jetzt bei Gelegenheit der Entdeckung einer bourbonischen Verschwörung vornimmt, ist dafür gesorgt, daß das leer gewordene Gefängniß des Herzogs nicht lange unbenützt bleibt. (O. Z.)

Großbritannien.

London, 23. Nov. Lord Stanley hielt gestern vor seinen Wählern in Kings-Lynn eine Rede über die bedeutendsten Fragen der heimischen und auswärtigen Politik. In Bezug auf letztere sagte er im Wesentlichen: Es ist kein Geheimniß, daß unsere Politiker sich seit zwei Jahren mehr mit auswärtiger, als mit heimischer Politik beschäftigt haben, und es wird dies durch die Rücksicht gerechtfertigt, daß seit den Tagen des ersten Kaiserreichs die Unruhe in ganz Europa nicht so allgemein gefühlt worden ist, als eben jetzt, und daß früher oder später England die Rückwirkung derselben spüren muß. Mit einigen dieser Ereignisse hat England unmittelbar nichts zu thun. So kann es ihm gleichgiltig sein, ob Cuba bei Spanien bleibt und ob Rußland seine Leibeigenen befreit. Ebenso wenig sind wir zu einer direkten Einmischung in den Streit zwischen Oesterreich und seinen Provinzen berufen, um so weniger, da wir für keinen der streitenden Theile ungemischte Sympathien fühlen können. Auf der einen Seite erkennen wir, daß nichts so selbstmörderisch sein kann, als die Thorheit der österreichischen Regierung, und daß das gegen sie ausgesprochene Mißtrauen seine volle Berechtigung hat. Andererseits wissen wir aber aus eigener Erfahrung, aus den analogen Vorgängen in Irland, daß eine Vereinigung unter einer Krone bei zwei getrennten Parlamenten, wie dies von den Ungarn angestrebt wird, eine Unmöglichkeit ist. Schließlich müßte daraus entweder eine Vereinigung beider Parlamente entstehen, wie zwischen England und Irland der Fall gewesen, oder es entstände ein vollkommener Bruch, eine Auflösung der österreichischen Monarchie. Ein solches Ende würde ich, offen gestanden, aus allgemeinen Gründen, sehr bedauern, trotzdem ich eben kein Bewunderer des österreichischen Regimes bin. Bedauern würde ich es schon deshalb, weil jede Zersplitterung unserer bestehenden großen Staaten in kleinere Gruppen einem Eroberer zur Verlockung dienen könnte, und weil uns die jüngste Zeit gezeigt hat, daß die Eroberungssucht noch nicht ganz überwunden ist. Wie dem aber sein mag, uns ist es nicht gegönnt, in diesen Streit thätig einzugreifen. Was Italien betrifft, habe ich kein allzu großes Vertrauen in die uneigennützige Hilfe despotischer Verbündeter. Klar ist bis jetzt nur das, was Fraukreich durch den italienischen Krieg gewonnen hat, weniger klar aber ist die Lage Italiens. Nur so viel ist gewiß, daß es in bedeutender Abhängigkeit von Frankreich bleiben muß, so lange es nicht durch eigene Kraft den Oesterreichern Venetien entreißen kann. Denn zur Verwirklichung dieses Besitzes kann ihm nur Frankreich verhelfen. England will und soll sich auch fernerhin neutral verhalten. Um welchen Preis aber Frankreich abermals helfen will, ist bis jetzt noch ein tiefes Geheimniß. Bei allen unseren Sympathien für die Einigung Italiens dürfen wir daher die großen Schwierigkeiten nicht übersehen, die ihr noch im Wege stehen. Auch in Amerika wollen wir uns nicht einmischen. Wohlan, so laßt uns nicht vorschnell urtheilen und verdammen. Der Norden appellirt an seine überlegene Waffenmacht und jeder Staat würde unter gleichen Verhältnissen dasselbe thun. Ein erfreulicher Ausgang aber läßt sich leider nicht prophezeien, denn im günstigsten Falle kann sich der Norden eine davongelaufene Frau nur zurückerobern, die sich bei der nächsten besten Gelegenheit wieder von ihm losreißen wird. Wahrscheinlicher ist eine bleibende Trennung der alten Union in zwei Theile, oder gar in mehrere kleinere Gruppen. Nachdem der edle Lord sich noch über die Expedition gegen Mexico ausgesprochen, die er für berechtigt und doch vielleicht nicht ganz politisch gerechtfertigt zu halten scheint, geht er auf die heimische Politik über. Seine Rede wurde in allen ihren Theilen mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommen.

Osmanisches Reich.

[Vom Kriegsschauplatze auf der Balkanhalbinsel.] Nachfolgend stellen wir die uns zugekommenen Berichte über die neuesten Vorgänge auf dem südöstlichen Kriegsschauplatze, nach Ausscheidung des Unwesentlichen zusammen:

I. Scutari, 16. Nov. Am 13. l. M. überschritt auf Barken eine 600 bis 700 Mann starke Montenegrinerbande den See von Scutari und begab sich, nachdem sie bei Selza gelandet war, nach dem Dorfe Blezza. Dieses Dorf ist fast ausschließlich von Muselmännern bewohnt. Um von Selza aus dorthin zu gelangen, ist es nöthig, durch mehrere von Christen bewohnte Dörfer zu ziehen. Die Montenegriner benutzten die vorgerückte Nacht, um diese Passage zu bewerkstelligen. In Blazza angelangt, griffen sie an und plünderten einen großen Theil der Häuser, steckten dreizehn davon in Brand, tödteten zwei Männer, zwei Frauen und zwei Kinder, und nachdem sie 200 Ochsen und 5 bis 600 Schafe weggenommen hatten, zogen sie sich zurück. Da Blazza vier Stunden von Scutari gelegen ist, und die Montenegriner erst vor wenigen Wochen ihre Raubzüge bis nach Sciroka, auf eine halbe Stunde Entfernung von Scutari, ausgedehnt hatten, so ist die Bevölkerung letzterer Stadt durch ihre Nähe wieder in Angst versetzt.

II. Antivari, 17. Nov. Am 14. d. M. griffen die Montenegriner Blazza an, welches Dorf am See von Scutari gelegen ist. Sie ermordeten daselbst mehre Einwohner, und selbst Kinder. Alles Eigenthum, das sie in den 16 Häusern, aus welchen das Dorf Blazza besteht, fanden, schleppten sie mit sich fort, und steckten sodann die Häuser in Brand.

Der ottomanische Commandant Giandet Effendi kam gestern aus Scutari hier an, und begiebt sich heute in die Festung Nehai, worauf er seine Reise in der Richtung von Korfu und Konstantinopel mittelst der Fregatte Geivan fortsetzen wird.

III. Trebigne, 18. Nov. Die Insurgenten hatten sich am 14. l. M., wie schon gemeldet, auf eine halbe Stunde Entfernung von Ljubovo, immer noch sichtbar, zurückgezogen, hielten sich daselbst kaum mehr als 24 Stunden auf, und kamen dann neuerdings nach Ljubovo herab, ohne daß die türkische Streitmacht, welche im Kloster von Scuma und in den Dörfern von Gomiljani, Volunica und Drazindol in beiläufiger Stärke von 8600 Mann postirt war, Anstalt gemacht hätte, sie anzugreifen und zurückzuwerfen.

Als die Insurgenten die Zaghaftigkeit der Türken wahrnahmen, griffen sie am frühen Morgen das Dorf Gomiljani an und schleppten 240 Schöpse und 11 Ochsen, den dortigen Raja's gehörig, mit sich fort, ungeachtet des Widerstandes der in jenem Dorfe einquartierten Baschibozuks. Die in den übrigen obbezeichneten drei Punkten befindlichen türkischen Truppen blieben während dem unthätig und ließen es geschehen, daß die Angreifer ihre Beute unbehelligt in Sicherheit brachten. Welcher Art übrigens der Widerstand der Truppen zu Gomiljani war, ist daraus zu entnehmen, daß kein einziger von ihnen getödtet oder auch nur verwundet wurde. Dagegen blieb ein Raja, der seine Habe vertheidigen wollte, auf dem Platze.

Die Insurgenten zählen hier etwa 1200 Mann. Da aber in Zubzi über 3000 Montenegriner angelangt sein sollen, so wollen die Türken für den Angriff, den sie vorläufig verschieben, einen günstigeren Moment abwarten, um so mehr, als weitere Truppen aus Gacko noch zu ihnen stoßen sollen.

Amerika.

New-York, 14. Nov. [Einnahme von Port-Royal. — Tages-Notizen.] Telegraphisch ist schon gemeldet, daß die Bundesflotte nach vierstündigem Bombardement zwei Forts auf der Insel Port-Royal genommen und 43 Kanonen erobert, daß 15,000 Bundestruppen gelandet und Beaufort, die Hauptstadt der Insel, eingenommen hätten. Wie Reuter's Büreau berichtet, hat der Kampf am 7. November stattgefunden. Außer den 43 Kanonen wurden auch viele militärische Ausrüstungs-Gegenstände und wichtige militärische Papiere erbeutet. Am anderen Morgen schiffte die Bundesarmee 15,000 Mann aus und nahm Stellung bei Beaufort, welches mit den benachbarten Pflanzungen von den Weißen gänzlich zerstört wurde. Eine große Anzahl Neger kam im Lager der Bundestruppen an. Beaufort wird besetzt gehalten und zur Basis fernerer Operationen gemacht werden. Es sind 8 Mann von den Bundestruppen und 100 von den Sonderbündlern getödtet worden. Vier Schiffe der Bundesmacht sind in Folge eines Seesturmes wahrscheinlich verloren gegangen. Einem Gerüchte zufolge soll sofort ein Zolleinnehmer ernannt und Beaufort dem Handel eröffnet werden.

Ferner wird dem Reuterschen Büreau aus New-York, 12. November, gemeldet: „Die Angabe, daß unter den Truppen im Lager zu Springfield bei Eintreffen der Nachricht von der Absetzung des Generals Fremont Aufregung geherrscht habe, wird als völlig grundlos bezeichnet. General Rosenkranz meldet, daß er seine Stellung in West-Virginien behaupten könne. General Halleck ist zum Befehlshaber für das westliche Departement ernannt worden. Der Gouverneur von Pennsylvanien hat an das Staats-Departement (Ministerium des Auswärtigen) eine Antwort auf das Rundschreiben Seward's gerichtet, in welchem derselbe die Küstenbefestigung anempfiehlt. Der Gouverneur sagt, er könne nicht begreifen, weshalb man den einzelnen Staaten zumuthe, sich zu befestigen, wenn, wie es in dem Rundschreiben heiße, keine Aussicht vorhanden sei, daß eine Störung in den Beziehungen zu den fremden Staaten eintreten werde. Er zweifelt nicht daran, daß der Congreß den Staaten die ausgelegten Gelder rückzahlen werde, erinnert jedoch an die Verzögerung, welche die Rückzahlung von Summen, die Pennsylvanien zur Ausrüstung von Freiwilligen vorgeschossen, seitens der Bundesregierung erfahren habe, und meint, es würde besser sein, wenn die Central-Regierung die Errichtung von Befestigungen in die Hand nähme. Nichts desto weniger werde Pennsylvanien nöthigenfalls dem Rufe des Vaterlandes in patriotischer Weise Folge leisten. Es heißt, die Unionisten seien gesonnen, das Fort Hatteras während des Winters zu räumen. Laut einer Depesche aus Philadelphia hat der Dampfer „Bermuda" am 2. d. Mts. zu Savannah die Blokade gebrochen. Er hatte 2000 Ballen Baumwolle an Bord, die für Liverpool bestimmt waren. Die in New-Orleans erscheinenden Blätter erwähnen, daß auf der Höhe von Ship Island eine Flotte gesehen worden sei. Dem Vernehmen nach wird dieser Tage ein neues Unions-Geschwader in See stechen. Privatbriefe aus Washington berichten abermals die Wegnahme des Kaperschiffes „Sumter". Depeschen aus Cincinnati melden, daß General Nelson sich bei Pikeville in Kentucky zwei Tage lang mit dem rechten Flügel der Sonderbündler geschlagen hat. Der Verlust der letzteren wird auf 400 Mann an Todten und 1000 Gefangenen angegeben. Der Verlust der Unionisten soll nur gering gewesen sein. Beim Schiffbruch des „North Briton" kam kein Mensch ums Leben. Der französische Dampfer „Proney" (?) ist beim Cap Hatteras gescheitert und ein vollständiges Wrack geworden. Die Schiffsmannschaft war gerettet. Eine Versammlung von Kaufleuten aus New-York findet statt zu dem Zwecke, eine nationale Bankerott-Bill aufzusetzen, welche dem Congresse vorgelegt werden soll.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 27. November. [Tagesbericht.]

=X= Vor einigen Tagen weilte kurze Zeit in unseren Mauern der Geh. Ober-Archiv-Rath, Hr. Prof. Dr. Carl v. Lancizolle aus Berlin, unterzog die hiesigen Kunstschätze einer eingehenden Betrachtung und soll einem on dit zu Folge diese Reise mit der Wiederbesetzung der Stelle an dem Provinzial-Archiv zusammenhängen, welche durch den Abgang des Herrn Prof. Dr. Wattenbach nach Heidelberg erledigt ist.

=X= Die zwei Studenten der katholischen Theologie, welche ihre Commilitonen von dem Besuch der Professor Reinkens'schen Vorlesungen abzuhalten versuchten, sind jeder zu 3 Wochen Carcer verurtheilt worden und haben das consilium abeundi unterschreiben müssen. — Die Schrift des Herrn Professor „Reinkens, meine Festschrift zur Jubelfeier der Universität und die gegen mich gerichtete Bewegung im schlesischen Clerus (eine Vertheidigungsschrift)" ist in der Buchhandlung von Gosohorsky erschienen.

— ✱ [Zur Amnestie.] Es war anfänglich befürchtet worden, daß die, in der aus Anlaß der Krönungsfeier ergangenen Amnestie-Ordre gebrauchte Formel „nach endgiltiger Entscheidung" alle, wenige Tage vor oder am 18. Oktober selbst Verurtheilten von der Amnestie ausschließen würde, weil die Erkenntnisse erst nach 10 Tagen ihre volle Rechtskraft erlangten, eventuell noch Appellationen an höhere Instanzen zulässig waren. Wie wir hören, hat die in juristischer Beziehung ganz correcte Formel hier wie anderwärts die mildeste Auffassung erfahren, so daß sämmtliche bis zum Krönungstage und an diesem selbst, gleichviel ob in erster oder in zweiter Instanz Verurtheilte, in den von der Amnestie vorgesehenen Fällen von Strafen befreit blieben. Von schweren Verbrechern ist hier nur, wie schon gemeldet, der Mörder Rappier zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Bekannt-

---

Thee.

Nachstehende, einer englischen Quelle entnommene Skizze mag dazu dienen, die früher nach Mr. Fortune's gediegenen Werken gegebenen Schilderungen zu ergänzen und zu vervollständigen.

Der chinesische Name für den Thee ist „Cha", doch hat er verschiedene Namen gehabt und hieß im vierten Jahrhundert „Ming." Botaniker kennen ihn unter dem Namen Thea, da er manche Verwandtschaft mit der Camelia hat. Lange ist es zweifelhaft gewesen, ob es zwei Arten gebe, grünen und schwarzen Thee, doch haben die neuesten Untersuchungen ergeben, daß die Pflanze dieselbe ist, wenn es auch Gegenden für grünen und andere für schwarzen Thee giebt, die Hunderte von Meilen auseinander liegen. Die Verschiedenheit in den Blättern wird nach Mr. Fortune einzig und allein von Clima, Lage, Boden und andern Umständen bedingt. Der Strauch ist gewöhnlich 3 bis 6 Fuß hoch und hat zahreiche Aeste und sehr dichtes Laub. Das Holz ist hart und zäh und giebt einen unangenehmen Geruch von sich, wenn man es schneidet. Die Blätter sind glatt, glänzend, von dunkelgrüner Farbe mit ausgezackten Ecken; während die des Thea Bohea, des schwarzen Thees, gekräuselt und länglich sind, sind die des Thea Viridis, des grünen Thees, breiter im Verhältniß zu ihrer Länge, aber nicht so dick und an der Spitze gekräuselt. Die Pflanze blüht zeitig im Frühjahr und bleibt etwa einen Monat in Blüthe; der Same reift im Dezember und Januar. Nach chinesischen Angaben wächst Thee in fast allen Provinzen des Reichs; doch liefern vier oder fünf Provinzen ausschließlich den von Canton verschifften. Sehr große Quantitäten werden indessen von den Strichen an der westlichen Grenze consumirt und bezieht Rußland eine gewaltige Menge durch Caravanen, und dieser wird nur in den nordwestlichen Provinzen gewonnen. Die Bohea-Hügel, auf 27 Gr. 47′ N. Br. und 119 Gr. O. L., etwa 900 Meilen von Canton, liefern die feinsten Arten schwarzen Thees, während der grüne hauptsächlich in einer andern Provinz, mehrere hundert Meilen weiter nördlich wächst. Der Boden von vielen Plantagen ist nach Fortune's Angaben sehr dünn und mager, an manchen Stellen wenig mehr als Sand, wie er für Fichten und Zwergeichen geeignet ist. Die Sträuche werden gewöhnlich an den Abhängen von Hügeln gepflanzt, und dazwischen findet sich mancherwärts Weizen und anderes Getreide. Man zieht sie stets aus Samen, der erst sehr dicht gelegt wird, da er oft nicht aufgeht, und wenn die jungen Pflanzen die gehörige Größe erreicht haben, versetzt man sie in die für sie vorbereiteten Beete, wo man bisweilen auch gleich den Samen einlegt. Man sorgt dafür, daß die Pflanzen nicht von großen Bäumen beschattet werden, und giebt es manchen Aberglauben bezüglich des schädlichen Einflusses gewisser Pflanzen in der Nähe. Obschon der Strauch sehr kräftig ist und selbst Schnee vertragen kann, so hat das Wetter doch großen Einfluß auf die Qualität der Blätter, und es giebt eine ganze Reihe von Vorschriften über die Behandlung der Pflanze.

Man pflückt die Blätter zuerst, wenn die Pflanze drei Jahr alt ist, doch erreicht sie ihre größte Höhe erst nach sechs oder sieben Jahren, und kann je nach der Lage und der darauf verwandten Sorgfalt zehn bis zwanzig Jahre alt werden.

Die berühmten Bohea-Hügel sollen ihren Namen von zwei Brüdern Woo und E haben, den Söhnen eines Fürsten in alten Zeiten, welche sich weigerten, ihrem Vater in der Regierung zu folgen, und sich hier in den Bergen niederließen, wo man noch heutigen Tages zu ihrem Andenken Weihrach verbrennt. Eine andere Legende besagt, die Leute dieses Districts hätten den Gebrauch des Thees als eines Getränkes zuerst von einem ehrwürdigen Mann gelernt, der plötzlich unter ihnen erschienen sei, mit einen Zweige in der Hand, von dem er ihnen einen Aufguß zu machen und denselben zu trinken geboten. Als sie dies gethan und das Getränk lobten, verschwand er sofort.

Es giebt eine große Auswahl unter den Theesorten, und Kenner sind darin weit eigener, als die leckersten Weintrinker. Käufer erkundigen sich nach der Lage der Gärten, woher die Proben genommen, denn Thee von dem Gipfel eines Hügels, von der Mitte und dem Fuße hat verschiedenen Werth. Einige besondere Pflanzen werden sehr geschätzt; eine derselben, die „Ei-Pflanze", wächst in einer tiefen Schlucht zwischen zwei Hügeln und wird von Wasser genährt, das von dem Felsen herabträufelt. Eine andere ist ausschließlich für den Gebrauch des Kaisers bestimmt, und ein Beamter wird jährlich ernannt, um das Sammeln und die Verarbeitung der Blätter zu beaufsichtigen. Der Ertrag solcher Pflanzen wird nie nach Canton versandt, da er nur für den Kaiser und die Mandarinen bei Hofe zurückgehalten wird. Man bezahlt enorme Preise dafür; der beste soll 30 L. per Pfund und der billigste nicht weniger als 5 L. kosten. Eine sehr feine Sorte soll es geben, welche „Affenthee" heißt, weil er auf unzugänglichen Höhen wächst und Affen dazu abgerichtet werden, ihn einzusammeln.

Die Blätter werden häufig von einer besonderen Klasse von Arbeitern eingesammelt, doch ist der Brauch in verschiedenen Gegenden

lich war gegen denselben vom hiesigen Schwurgerichtshofe im Novbr. v. J., wegen Tödtung des Heuhändlers Jordetzky bei Ausübung eines Raubes in der trachenberger Gegend, auf Todesstrafe erkannt worden.

—* Die vom Magistrat bewirkte Wiederanstellung des Herrn Dr. Behnsch an der Realschule am Zwinger hat die ministerielle Genehmigung nicht erhalten, obwohl, wie früher gemeldet, die Rehabilitation desselben von dem Herrn Minister für Unterrichts- rc. Angelegenheiten schon seit längerer Zeit ausgesprochen ist.

=X= Gestern hielt Hr. Dr. Karow die zweite seiner Vorlesungen „Geschichte der Frauen" vor einer ungemein zahlreichen Versammlung, so daß viele Damen keinen Sitzplatz fanden. Der Vortragende führte sein Auditorium zunächst zu den ältesten Culturvölkern zurück und erging sich in ausführlicher, mit Belegen aus den berühmtesten Dichtungen und sinnigen Bemerkungen ausgestatteter Schilderung über den Cultus der Frauenwelt der vorgenannten Nationen, welche in ihrem sittlichen Verhältniß Aehnlichkeit mit der zarten Romantik der altgermanischen Frauen haben, und die, obwohl abgeschlossen von allen Berührungen der Außenwelt und des öffentlichen Lebens, mehr im engen Raume des Hauses schaffend und wirkend, doch nicht rechtlos und unterthänig dem Manne gegenüber standen. Beleidigungen gegen die Frauenwelt wurden auf's Strengste gerügt. Bei den Chinesen, wie überhaupt bei den orientalischen Völkern war die Absonderung der Frauen nicht viel anders wie bei den Indern, aber dies schloß die Verehrung der Männerwelt gegen das zarte Geschlecht nicht aus, wie dies durch Proben aus altindischen und chinesischen Dichtungen näher erörtert wurde. So in den Sprüchwörtern, deren Hr. Dr. Karow mehrere zum Verständniß seines Vortrages anführte. Bekanntlich besitzen wir eine vortreffliche Uebersetzung unseres Dichters Rückert von dem Buche Naal und Damajanti. Diesem und dem chinesischen Si-King entlehnte der Vortragende die bezeichnendsten Stücke zur Erläuterung seiner interessanten und äußerst anziehenden Vorlesung, die das Publikum bis zu Ende fesselte. Bei voraussichtlich gleicher Fülle der weiteren Vorträge würde es für die bequemere Unterbringung der Versammlung von Vortheil sein, wenn die Gallerie für den Abend auch geöffnet würde.

Gestern ist der Mimiker E. Schulz hier angekommen und wird Sonntag im Café restaurant eine humoristisch-phantastische Soiree geben, welche in physiognomischen Vorträgen und mimischen Original-Darstellungen bestehen soll. Die Kunst des Herrn Schulz ist jedenfalls neu und hat außerdem den Vorzug einer ganz außerordentlichen Unterhaltung, die höchst drastisch wirkt. Namentlich große Heiterkeit dürfte ein physiognomisches Schattenspiel und die Naturgeschichte der Bärte erregen. Wie Garrick, kann Herr Schulz mit der einen Seite seines Gesichts lachen und mit der andern weinen.

=bb.= Von morgen den 28. d. M. ab beginnt wieder das Quadrillen-Reiten in der Actien-Reitbahn (Neue Antonienstraße), unter Leitung des Universitäts-Stallmeisters Hrn. Preusse. Der musikalische Theil wird von der Artillerie-Kapelle, unter Leitung des Hrn. Musikmeisters Englich, ausgeführt. Die Beleuchtung ist gut. Die zu erwartenden Evolutionen versprechen ein interessantes Schauspiel, da die Reiter gewandt und die Pferde durchweg von edler Race sind. Der Verein, von welchem dies ausgeht, hat in höchst liberaler Weise Freunden der edlen Reitkunst den freien Zutritt gestattet.

—* Mit einem Separattrain der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn traf gestern Abend 6 Uhr die Carré'sche Kunstreiter-Gesellschaft von Hamburg hier ein. Der Train bestand aus zwei Personen- und vierzehn Güterwagen, darin 70 Personen und 59 Pferde fassend.

=bb.= Heute Morgen fand seitens der Mannschaften des 2. Schles. Grenadier-Regiments Nr. 11 eine Felddienstübung in der Gegend von Barteln, Drachenbrunn, Grüneiche und Zimpel statt. Wohlgemuth kehrten die Truppen nach 12 Uhr in die Garnison zurück.

= Die allgemeine Unterstützungs-Anstalt für evangelische Elementar-Schullehrer-Wittwen und Waisen in der Provinz Schlesien zählte am Schlusse des vorigen Jahres 2464 Mitglieder und zwar 2435 Mitglieder mit vollen Beiträgen zu 2⅔ Thlr. und 29 Mitglieder mit halben Beiträgen zu 1⅓ Thlr. Pensionsberechtigte Wittwen und Waisen waren am Schlusse des vorigen Jahres überhaupt 488 vorhanden. Die Einnahme betrug 23,682 Thlr. 15 Sgr. 1 Pf., Ausgabe 21,922 Thlr. 18 Sgr. 4 Pf., mithin Bestand 1759 Thlr. 26 Sgr. 9 Pf. Das Vermögen der Anstalt betrug 146,847 Thlr. 6 Sgr. 9 Pf.

⚲ Es ist aufgefallen, daß beim Abbruche der Ehrenpforte nicht mit derjenigen Schonung der Decorationsgegenstände verfahren ward, welche wohl angemessen, wenn aus denselben beim Wiederverkaufe (vergl. das Inserat darüber) ein möglichst hoher Erlös in den Stadtseckel zurückfließen soll. Man sah am Sonnabende bereits die Bretterplanken auseinanderschlagen, während die Verkleidungsleinwand und eine große Menge Goldleisten und Bronce-Rosetten sich noch daran befanden.

⚲ [Gegen mögliche Erstickung an Kohlengas] wird in amtlicher Bekanntmachung empfohlen, am besten an den für Kohlenheizung bestimmten Oefen gar keine Klappen anzubringen. Hiermit ist ein Heizverlust verbunden, welcher für den Einzelnen kostspielig wird, und eine mehr als nothwendige Verzehrung an Brennstoff, die, im Ganzen summirt, ein nicht unbeträchtliches Quantum abgeben dürfte. Allerdings können diese Umstände nicht in Betracht kommen, wenn gegenüber die Gefährdung von Menschenleben in's Gewicht fällt. Allein es giebt einen Ausweg durch Anbringung der Sicherheitsklappen, welche, im Preise von den gewöhnlichen gar nicht oder nur unmerklich verschieden, völlige Sicherung gewähren, indem durch die beiden darin angebrachten Oeffnungen alles Gas entweichen kann, ohne daß doch ein so massenhafter warmer Luftstrom hinausgeht, wie beim Offenstehen des ganzen Rohres. Diese Klappen sind nichts Neues mehr, in einer oder wohl auch in mehreren hiesigen Handlungen zu haben, und es würde sich nur um ihre — freiwillige oder zwangsweise — allgemeine Einführung handeln.

⊿ Bei einem hiesigen Beamten wohnte seit einiger Zeit ein Klempnergeselle, ein junger Mann von kaum zwanzig Jahren, der bei einem hiesigen Klempnermeister bisher in Arbeit stand und am Sonnabende mit der überraschenden Nachricht zu seinem Wirthe kam, daß er seinen Dienst quittirt habe und nunmehr einige Tage „bummeln" wolle. Gestern Nachmittag waren seine Wirthsleute zufällig nicht zu Hause, was der junge Mensch benutzte und sich mittelst eines Terzerols entleibte. Er mußte dasselbe gerade auf das Herz gesetzt haben, denn die ganze Schrotladung drang hinein und führte auf der Stelle seinen Tod herbei. Inzwischen kehrte seine Wirthin zurück und fand ihren Miether mit brennenden Kleidern todt auf dem Stuhle, den Oberkörper halb an das Bett gelehnt. Der Schuß hatte dieselben entzündet und die Flamme konnte leicht auch das Bett und die Möbel ergreifen, wenn nicht Hilfe noch rechtzeitig zur Hand gewesen wäre. Was den Unglücklichen zu der bedauerlichen That getrieben, wird wohl ein Räthsel bleiben. In dem Briefe, den er kurz vor seinem Ende noch geschrieben und in dem er seinen letzten Willen ausgedrückt, ist nur die Bitte an seinen Wirth gerichtet, seine Geldangelegenheiten zu ordnen, da sein Vater in Aschersleben alles gern bezahlen würde.

---

e. **Löwenberg**, 26. Nov. [Zur Tageschronik.] Am 10ten d. M. ist in Hartliebsdorf eine Frau von einem tollen Hunde gebissen worden, und wenige Tage später eine Frau desgleichen in Radmannsdorf. — Am 16. November verunglückte im Steinbruche zu Ober-Kesselsdorf der 41 Jahre alte Häusler Gruhn dadurch, daß in Folge einer Erschütterung durch Steinsprengen anderweit ein großer Stein sich lösete, dem Gruhn gerade auf den Kopf fiel und ihn augenblicklich tödtete. — Am vorigen Sonntage, den 24. November, fand das erste Concert für dieses Winterhalbjahr der Hof-Kapelle Sr. Hoheit des Fürsten von Hohenzollern-Hechingen statt, in welchem Fräul. Marie Gärtner, Hof-Pianistin des Herzogs von Koburg-Gotha H., mit großem Beifalle debütirte.

□ **Goldberg**, 26. Nov. Am 24. Nov. Abends gab das durch unseren Cantor Völkel ins Leben gerufene, und noch jetzt geleitete Gesang-Institut hierselbst, in Verbindung mit einigen andern Gesangskräften und der Kapelle des Stadtmusikus Müller ein Konzert. Wenn wir die wenigen Gesangsmittel, die in kleinern Städten solchen Vereinen zu Gebote stehen, mit dem Inhalt des nur klassischen Konzert-Programms, auf dem auch das Oratorium: „Die letzten Dinge" von L. Spohr verzeichnet war — und mit der durchaus gelungenen Aufführung vergleichen, so müssen wir der Wahrheit die Ehre geben und öffentlich anerkennen, daß wir vollständig überzeugt worden sind, wie fleißig und strebsam Dirigent und Sänger und nicht weniger die Instrumentalisten sind. Zu bedauern bleibt, daß namentlich die höhern Stände diesem Kunstfleiß durch persönliches Erscheinen wenig Anerkennung zollen. Zu bedauern ist ferner, daß sich nicht noch mehr der hier vorhandenen Gesangskräfte, weiblich und männlich, solchem ernsten Streben zuwenden. — Die Wahlen sind auch hier mehr liberal als conservativ ausgefallen, und hört man allgemein Herrn Kreisgerichtsrath Aßmann in Liegnitz und Herrn Gutsbesitzer Röhricht in Leisersdorf zu Kandidaten für das Abgeordnetenhaus aufstellen.

△ **Striegau**, 26. Nov. Bei der heutigen Ergänzungswahl zur Stadtverordneten-Versammlung wurden gewählt in 1. Abtheilung: Herr Justizrath Melzer, Fabrikant Lommel; in 2. Abtheilung: Klempnermeister Urban, Kaufmann Köhler, Apotheker Abel, Wildprethändler Lucas; in 3. Abtheilung: Uhrmacher Grospietsch, Buchbinder Liebig, Gerbermeister Radler. Die Wahlen tragen einen ziemlich ausgeprägten confessionellen Character, obwohl die Gewählten in politischer Beziehung der liberalen Partei angehören.

△ **Striegau**, 26. Nov. Zwei hiesige Einwohner wurden dieser Tage nicht wenig überrascht, als sie von einem Gasthofbesitzer zu Berlin eine nicht unerhebliche Rechnung erhielten. Dieselben hatten sich nämlich für den Tag in einer der Straßen, welche der Festzug der Majestäten passirte, Logis bestellt, waren aber gar nicht nach Berlin gereist und hatten auch unterlassen, das Bestellen der Wohnung zurückzunehmen. Es blieb unter diesen Umständen also nichts weiter übrig, als sich in das Unvermeidliche zu finden und die Rechnung zu berichtigen.

---

4 **Aus dem Kreise Beuthen O.-S.** Unter den 476 Wahlmännern des Kreises befinden sich 26 kath. und 1 evangel. Geistliche, 16 kathol. Lehrer, 11 praktische Aerzte, 10 Juristen, 125 Rustikale. Die Uebrigen sind bis auf wenige Kaufleute und Grundherren Berg- und Hüttenverwalter. Der Wahlkampf wird voraussichtlich ein sehr heißer werden, da die verschiedenen politischen Parteien gut vertreten sind, und eine jede beflissen ist, sich den Sieg zu verschaffen. Vor allen aber dürfte die conservativ-constitutionelle Partei die meiste Aussicht haben, ihre Kandidaten durchzubringen. Den Wahlkampf zu erleichtern und abzukürzen, findet den 28. d. in Tarnowitz und den 1. k. M. in Beuthen eine Vorversammlung und Berathung statt. Guido Graf Henckel v. Donnersmark auf Neudeck, der mit unter den Candidaten genannt war und sicherlich gewählt worden wäre, weil man auf ihn als auf einen unabhängig dastehenden und politisch reifen Mann, ein großes Vertrauen setzte, hat die ihm zugedachte Ehre, Vertreter des Volkes zu sein, aus triftigen Gründen abgelehnt.

L. **Ratibor**, 27. Nov. Gestern waren die hiesigen Wahlmänner, die fest an der Verfassung halten, zu einer Vorsammlung im Rathhaussaale versammelt und hat Präsident Borchard die Leitung der Versammlung auf an ihn ergangenes Ersuchen angenommen. Ein Comite aus 7 Mitgliedern — Beigeordneter Grenzberger, Prof. Dr. Kuh, Appell.-Ger.-Rath Pape, Kaufmann Polko, Dr. Rosenbaum, Schieferdecker Schreiber und Appell.-Ger.-Rath v. Tepper — wurde gewählt und soll dasselbe das Erforderliche für die Wahlangelegenheit in die Hand nehmen, auch sich nach Befinden durch Vertrauensmänner verstärken. Die in der Versammlung genannten Candidaten der Partei werden erst später festgestellt werden. — Der Clerus im Verein mit der Gegenpartei stellt Ihren Landsmann Licentiat Wiek und den hiesigen Kreislandrath v. Selchow auf.

(Notizen aus der Provinz.) * Jauer. Unsere „Unterhaltungsblätter" berichten über eine am 23. d. Mts. hierselbst im „Scepter" stattgefundene Wahlmänner-Versammlung. Von 116 Wahlmännern der Stadt und des Kreises Jauer waren mehr als die Hälfte erschienen. Die Versammlung stellte sich die Aufgabe, ein politisches Glaubensbekenntniß aufzustellen, unter welchem alle Wahlmänner sich vereinigen und geeignete Abgeordnete wählen könnten. Als die Hauptpunkte dieses Programms wurden erkannt: unverbrüchliche Treue zum Könige, Festhalten an der Verfassung und zeitgemäßer besonnener Ausbau derselben, endlich eine gleichmäßige, die Kräfte des Landes nicht übersteigende Besteuerung. Die Versammlung nahm somit fast einstimmig das Programm der liberalen Partei als das ihrige auf. Auch von Seiten conservativer Wahlmänner wurden obige Grundsätze als die ihrigen anerkannt. Es trat in der Versammlung durch die Debatten und Beschlüsse eine schöne Einigung zu Tage.

† Glaz. Der Herr Landrath sagt in einer Bekanntmachung: „Da die Rinderpest uns immer näher rückt, so sind die Vieh-Revisionen demgemäß auch wieder vorzunehmen und wöchentlich wenigstens zweimal auszuführen." — Unser „Volksblatt" sagt: „Ein trauriges Zeichen von Verderbtheit hat sich am Sonntag in unserer Pfarrkirche während des Gottesdienstes kundgegeben, wo ein Dieb die Frechheit hatte, einer Kirchgängerin ihr Portemonnaie, worin sich drei Thaler befanden, aus der Tasche zu entwenden. —

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

† **Breslau**, 27. Nov. [Börse.] Bei sehr animirter Stimmung waren Eisenbahn-Aktien und Fonds merklich höher, österr. Effekten dagegen vernachlässigt. National-Anleihe 58¾, Credit 65½, wiener Währung 72¾ bis 72⅚ bezahlt. Fonds bei großer Kauflust höher. Schles. Bankantheile bis 87⅚ bezahlt, wozu Geld blieb.

Breslau, 27. Novbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe, wenig Geschäft, ordinäre 9⅓—10 Thlr., mittle 10⅔ bis 11⅔ Thlr., feine 12½—12¾ Thlr., hochfeine 13⅓—13¾ Thlr. — Kleesaat weiße, gut behauptet, ordinäre 9—12 Thlr., mittle 12½—14½ Thlr., feine 19—19½ Thlr., hochfeine 21—21½ Thlr.

Roggen (pr. 2000 Pfund) schwach behauptet; pr. November 47—47¼ Thlr. bezahlt und Br., November-Dezember 47 Thlr. Br., Dezember-Januar 46¾ Thlr. bezahlt, Januar-Februar und Februar-März 47 Thlr. Br., März-April und April-Mai 47 Thlr. bezahlt, Gld. und Br.

Rüböl unverändert; loco, pr. November, November-Dezember und Dezember-Januar 12$\frac{11}{12}$ Thlr. Br., Januar-Februar 13 Thlr. Br., Februar-März — —, April-Mai 13$\frac{1}{12}$ Thlr. Br.

Kartoffel-Spiritus matter; gek. 6000 Quart; loco 18 Thlr. Gld., pr. November 18¼—⅓ Thlr. bezahlt und Br., November-Dezember, Dezember-Januar und Januar-Februar 18⅙ Thlr. bezahlt, 18$\frac{1}{12}$ Thlr. Br., Februar-März —, März-April —, April-Mai 18$\frac{5}{12}$ Thlr. bezahlt und Br.

Die Börsen-Commission.

Vorträge und Vereine.

—l. **Breslau**, 26. Nov. [Wahlmänner-Versammlung der Verfassungstreuen.] Die heutige, im Saale zur Humanität abgehaltene und von mehr als 250 Wahlmännern, wie mehreren auf der Gallerie befindlichen Gästen, besuchte Versammlung wurde auf deren Wunsch von dem Hrn. Kreisgerichts-Director Wachler geleitet. Als Tagesordnung proclamirte derselbe folgende Gegenstände der Besprechung: 1) Mittheilungen, 2) Fortsetzung der Aufstellung von Candidaten und Anhören der davon anwesenden, 3) Erörterung der Frage, ob die verfassungstreue Partei als solche am nächsten Freitag der Versammlung der Fortschrittspartei beiwohnen solle? —

Bei 1) ergriff der Vorsitzende zunächst die Gelegenheit, die in den gestrigen Zeitungen erschienenen Referate über die am vorigen Sonnabend stattgefundene Versammlung durch eine Ergänzung zu berichtigen. (Vergl. gestr. Bresl. Ztg. „Nachtrag").

Die Fortsetzung der Candidatenliste ist besorgt worden. Im Schoße des Ausschusses sind weitere Candidaten bezeichnet worden. In Hinsicht auf den in voriger Versammlung empfohlenen Justizrath und Stadtverordneten-Vorsteher Hrn. Hübner sei von dem Proponenten am Schlusse jener Versammlung der Antrag zurückgezogen worden, der Candidat sei daher von der Liste entfernt worden. An Hrn. Rittergutsbesitzer v. Carlowitz sei die Anfrage gerichtet worden, ob er eine Candidatur für Breslau annehme. Derselbe habe geantwortet, er danke verbindlichst für das Anerbieten, könne jedoch eine Wahl nicht annehmen, da er bereits anderweitig zugesagt habe. Im Schoße des Ausschusses wurde die Candidatur des Hrn. Propst Schmeidler wieder aufgenommen und die Proponenten beauftragt, bei demselben sich zu informiren, ob er eine Wahl annehmen würde. Der Bericht hierüber soll später erfolgen. Weiter wurden im Ausschusse in Vorschlag gebracht die Herren Stadtrath Dr. jur. Heimann und Oberbürgermeister Grabow in Prenzlau. Die Proponenten des Ersteren haben ebenfalls Auftrag erhalten, sich in Betreff der Annahme einer Candidatur durch jenen Information zu verschaffen. An Letzteren ist telegraphirt worden und von ihm die Antwort eingegangen: Die liberale Partei erachtet meine hiesige Wahl für gesichert. Bitte, mich dort nicht aufzustellen. Dank und Gruß. Grabow. — Von dieser Candidatur mußte also Abstand genommen werden.

Im Wahlbüreau der Verfassungstreuen ist ein Brief ohne Namensunterschrift eingegangen, in welchem sich mehrere Wahlmänner darüber beschweren, daß in den Zeitungen und schriftlichen Einladungen zu den Versammlungen diejenigen Wahlmänner eingeladen würden, „welche mit den Verfassungstreuen stimmen wollten". Um mitzustimmen, sei es nothwendig, die Candidaten, für die gestimmt werden sollte, zu kennen. Da dies nicht von vornherein möglich, so wären viele Wahlmänner der Partei verhindert, in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorsitzende bemerkt, daß diese Fassung der Einladung vielleicht eine Aenderung erfahren könne, es komme aber auf Eins heraus. Kein Wahlmann ist oder wird durch den Besuch einer Versammlung im Voraus verpflichtet, für einen Candidaten zu stimmen, vielmehr soll ja in den Versammlungen über die Candidaten erst berathen und sie sollen gehört werden, um den Entschluß der Wahlmänner zu bestimmen. — Schließlich wolle Vorsitzender noch mittheilen, daß Hr. Prof. Dr. Baltzer in voriger Sitzung eine Besprechung der Principienfragen inmitten des Ausschusses sich reservirt hatte. Diese Aussprache habe stattgefunden und es sei ein Verständniß erzielt, welches eine weitere Debatte in der allgemeinen Versammlung nicht mehr hervorruft, wenn dies nicht durch die Candidaten herbeigeführt wird.

2) Von den auf der Candidatenliste stehenden Männern erhält Hr. Berghauptmann Dr. v. Carnall das Wort. Derselbe läßt sich etwa in folgender Weise aus: Seit Jahren habe er Veranlassung gehabt, in verschiedenen Kreisen zu sprechen. Zum erstenmale aber werde er über und für seine eigene Person, und zwar aus der Ueberzeugung, daß es nothwendig für die Wahlmänner sei, den Candidaten zu kennen, sprechen. Der Candidat rollte nun eine Skizze seines Lebens auf, theilte mit, wie er in der Zeit schmachvoller Erniedrigung Deutschlands geboren, wie sein Vater in den Krieg mit zog und aus demselben heimkehrte mit blutendem Herzen, weil er den Erfolg nicht der Opfer entsprechend hielt. Obgleich sein Vater an der Organisation des Heeres mit wirkte, seien seine Söhne nicht in den Militärdienst getreten. In Folge zufälliger Verhältnisse habe er sich dem Bergfache zugewendet, die sich ihm entgegenstellenden Hemmnisse leicht beseitigt, obgleich es sonst nur üblich war, daß Söhne und Vettern von Bergwerksbeamten in das Fach eintraten. 1830 wurde er definitiv in Oberschlesien angestellt, verlebte hier unter dem großartigen Wachsen des von ihm beförderten Galmeibergbaues viele glückliche Jahre, aus denen einzelne Schöpfungen des Redners sich noch erhalten. Dann sei er in Bonn, später im Ministerium bei der Reform der Bergwerksgesetzgebung beschäftigt gewesen. Letztere Stellung war nach keiner Seite hin eine beneidenswerthe; doch die Liebe zur Sache hielt ihn ab, den glänzenden Versprechungen, die ihm für Uebernahme eines Privatdienstes gemacht wurden, Gehör zu geben. Vor fünf Jahren nach Schlesien berufen, habe er hier des industriellen Fortschrittes sich im Besonderen angenommen. Schon vor drei Jahren sei er gefragt worden, ob er ein Mandat annehmen wolle. Er habe es damals abgelehnt, weil er dafür halte, daß möglichst wenige Beamte in dem Abgeordnetenhause sein sollten, und weil ein Rescript des Ministers Flottwell es fast jedem Beamten unmöglich gemacht, eine Wahl anzunehmen. Jetzt sei er ein unabhängiger Mann, der auch über die Zeit hinweg, in welcher man nach Stellen hascht, aber er erachte es als seine Pflicht, dem Lande seine Kräfte, seine Dienste anzubieten. — Was seine politische Stellung betreffe, so habe er bereits in einer Vorversammlung dargethan, daß er sich ganz auf dem Boden der von den Verfassungstreuen erlassenen Ansprache an die Wähler Schlesiens befinde. Da jene Ansprache bedenken erregt (Baltzer), so sei es nothwendig, auf das eigent-

---

verschieden. Es giebt vier Erndten im Laufe des Jahres, doch gilt die letzte für eine bloße Nachlese. Die erste beginnt schon am 15. April und bisweilen früher, wenn die zarten Knospen erscheinen und das eben sich öffnende Laub mit seinen weißlichen Haaren bedeckt ist. Das giebt die feinsten Sorten Thee, doch ist die Quantität nur gering. Die zweite Lese heißt zweiter „Frühling" und findet in der ersten Hälfte des Juni statt, wenn die Zweige gut belaubt sind und die größte Menge Blätter liefern. Die dritte Lese oder der „dritte Frühling" folgt in einem Monat, wo die Zweige noch einmal abgesucht werden; dies giebt die ordinärsten Sorten. Die vierte heißt der „Herbstthee"; doch geschieht dies nicht überall, da die Blätter jetzt alt und von sehr untergeordneter Qualität sind. Die schlechtesten Sorten werden bisweilen mit Scheeren abgeschnitten, gewöhnlich sammelt man indeß die Blätter mit der Hand und legt sie lose auf Bambusteller.

Die Verarbeitung des Blattes ist von der höchsten Wichtigkeit, da der Werth einiger Arten fast ganz davon abhängt. Wenn die Blätter zu den Trockenhäusern gebracht werden, so breitet man sie dünn auf den Bambustellern aus und stellt sie in den Wind, um zu trocknen, bis sie etwas weich werden, dann reibt man sie sanft und rollt sie oft. Nach der bei diesem Verfahren angewandten Arbeit heißt der Thee „Kung foocha", d. h. bearbeiteter Thee, woraus unser Kongo entstanden ist. Nachdem die Blätter genügend bearbeitet sind, können sie auf's Feuer kommen, was aber die größte Sorgfalt erheischt. Man macht die dazu benutzte eiserne Pfanne glühend, und dann streut der Arbeiter eine Handvoll Blätter darauf und wartet, bis jedes Blatt mit einem geringen Geräusch aufpufft, worauf er sie sofort aus der Pfanne wegfegt, damit sie nicht verbrennen. Man stellt die Blätter dann in trockenen Körben über eine Kohlenpfanne. Doch braucht man die Vorsicht, Asche über das Feuer zu streuen, damit kein Rauch in die Blätter steigt, und rührt diese langsam mit der Hand um, bis sie vollständig trocken sind. Dann schüttet man den Thee in Kisten und thut ihn, wird er weiter befördert, in Kasten, die Bleibüchsen enthalten und mit Papier beklebt sind, um die Feuchtigkeit abzuhalten. Bei Bereitung der feinsten Sorten, wie Powchong, Pekon u. s. w., trocknet man nicht mehr als 10 bis 20 Blätter in der Pfanne auf einmal und rollt auf den Tellern nur wenige Pfund zu gleicher Zeit. Sobald diese fertig sind, werden 2 bis 3 Pfund in Papier gepackt und mit dem Namen der Pflanzung und dem Datum des Trocknens gestempelt.

(Fortsetzung folgt.)

Geschichte der Freimaurerei in Oesterreich von Dr. L. Lewis. (Wien, Zamarski u. Dittmarsch.) Wie der Verfasser im Vorworte mittheilt, füllt die vorliegende Schrift eine wesentliche Lücke in der allgemeinen Geschichte der Freimaurerei. Die Existenz derselben in Oesterreich in früheren Epochen war allerdings durch Gräffer, Realis u. A. m. hinlänglich bekannt geworden. Doch war es dem Verfasser dieser Schrift vorbehalten, hierüber zum erstenmale eine umfassende Skizze der Oeffentlichkeit zu übergeben. Er erzählt uns die Einführung der Freimaurerei durch Franz I., Gemahl der Kaiserin Maria Theresia, die Blüthe des Bundes unter Josef II., „eines Maurers Sohn", — die Unterdrückung unter Kaiser Franz I. Erst spät im Jahre 1848 wurde wieder eine wiener Loge (jene zum heil. Josef) ins Leben gerufen, aber auch diese mußte bald ihre Arbeiten einstellen. Für den historischen Theil diente das Journal für Freimaurer (1784—1786 in zwölf Bänden) als nächste Quelle, doch verdankt der Verfasser auch viele interessante Mittheilungen auswärtigen Logenarchiven. Von ganz besonderem Werthe dürften die im Anhange beigegebenen Reden, Gedichte und Vorträge aus dem 18. Jahrhunderte sein, welche auf die Anschauungen jener geistig so tief bewegten Periode ein unerwartetes Licht werfen. Abgesehen von dem Anklange, welchen die Schrift in freimaurerischen Kreisen finden wird, kann dieselbe auch als Beitrag zur Cultur- und Geheim-Geschichte Oesterreichs im 18. Jahrhunderte betrachtet werden. — Die Ausstattung ist eine äußerst anständige.

Clemens Brockhaus, Gregor von Heimburg, ein Beitrag zur deutschen Geschichte des 15. Jahrhunderts (Leipzig, Brockhaus). Einer jeden Zeit, in welcher die alten Traditionen in Verfall gerathen sind und neue Ideen sich entwickelt haben, geht ein Kampf von Gegensätzen vorher; dieser Kampf wird um so wichtiger sein, und die Gegensätze werden sich um so schärfer ausprägen, wenn die neuen Ideen die ganze Welt erfassen wollen, wie dies im 15. Jahrhundert der Fall war. Zum Verständniß dieser wichtigen Zeit einen nicht geringen Beitrag geliefert zu haben, ist das Verdienst des Herrn Verfassers. Wir lernen in Gregor v. H. eine Persönlichkeit kennen, die, selbst von Zeitgenossen für einen der gelehrtesten Männer seines Jahrhunderts erklärt, in die wichtigsten Ereignisse seiner Zeit mit verflochten war. Während der größten Zeit seines Lebens Syndikus von Nürnberg, und die Interessen dieser Stadt wahrnehmend, ist er auch auf dem Concil zu Basel, dem Convent zu Mantua, den Reichstagen zu Nürnberg und Mainz thätig, wird er in den brixener Streit verwickelt, reist er als Gesandter deutscher Fürsten nach Rom, tritt er endlich mit Georg v. Podiebrad in Verbindung. Ueberall sehen wir Gregor mit gleicher Vaterlandsliebe, mit gleichem Freiheitsgefühl und mit inniger Religiösität, einem echt deutschen Charakter, in Opposition gegen den Papst, die Selbstständigkeit des Staates von der Kirche, die bürgerliche Freiheit gegen die Anmaßungen des Feudalismus schützend und eher im Kampfe unterliegend, als seine Ueberzeugung opfernd. Demnach dürfte der reiche, größtentheils aus Gregor's Briefwechsel geschöpfte Inhalt dieses Werkes jedem Geschichtsfreunde gewiß willkommen sein. π.

liche Programm der Partei zurückzugehen, auf das sogen. Neunerprogramm. Er erkläre sich in vollster Uebereinstimmung mit diesem Programm und werde bemüht sein, diejenigen Punkte des Programms, welche noch nicht erfüllt sind, im Geiste und Sinne dieses Programms zu erwirken. — Wenn in der letzten Sitzung bei den Interpellationen die Absicht zu Grunde zu liegen schien, den Candidaten für irgend eine Vorlage binden zu wollen, so müsse er zu bedenken geben, daß Niemand wissen könne, ob er aus einer größeren Versammlung mit denselben Ansichten scheide, wie er in sie getreten. Von dem Ministerium seien noch keine Vorlagen gemacht, die Commissionsberathungen ständen noch eben so bevor, wie die vertraulichen und öffentlichen Motivirungen ꝛc. des Ministeriums, wie sollte also schon heut ein Candidat Verbindlichkeiten, die er gar nicht zu übersehen im Stande, eingehen! — Von den brennenden Fragen rage die deutsche hervor. Preußen gehört zu Deutschland, es erlangt seine volle Bedeutung erst durch Deutschland, und Deutschland kann zu keiner historischen Bedeutung gelangen ohne Preußen. Was Preußen für Deutschland thut, thut es für sich selbst! Es hat aber nicht den Weg der gewaltsamen Eroberungen zu betreten, sondern den der moralischen fortzusetzen. Wer aus eingewohntem Hause in ein neues überziehen soll, wird sorgsam prüfen, ob es sich da besser und sicherer und nicht theurer als in jenem wohnt. Unser preußisches Haus hat noch manche Verbesserung zu erfahren, ehe sich Alle in demselben wohl fühlen können. Schutz der Person und des Eigenthums, Gleichheit vor dem Gesetz und die Unmöglichkeit daß das Eigenthum durch Administrativmaßregeln entzogen werden könne, müssen mit Entschiedenheit hergestellt werden. In Preußen wird noch viel zu viel regiert. Mag dies zum Theil auch mit an den Regierten liegen, so muß doch der Boden freier Selbstverwaltung gewonnen werden, wie sie in einer freisinnigen Kreis- und Gemeindeverfassung sich ausspricht. Der Staat muß sich vom Gewerbebetriebe, von der Verwaltung der Eisenbahnen zurückziehen (Bravo); die Gewerbebeschränkungen müssen fallen, welche die Handwerker mit gebundenen Händen dem Fabrikbetriebe gegenüber hinstellen (Bravo); es muß die Entwickelung der intellektuellen Kräfte Jedem möglich gemacht werden, und es ist anzuerkennen, daß bereits in viele Kreise die Ueberzeugung sich Bahn gebrochen, daß nur durch die Freiheit des Einzelnen das Beste des Ganzen gefördert werde (Bravo). — In Betreff des Unterrichtswesens sind manche Uebelstände an den Volksschulen zu beklagen, und deren Beseitigung geboten; aber die Uebelstände erstrecken sich bis hinauf zu den Universitäten. Das technische Unterrichtswesen liegt im Argen und befriedigt in keiner Weise das Bedürfniß des Landes. (Sehr gut!) Hinsichtlich Verkehrs und Handels sei der Zollverein wohl ein geschätztes Band, aber schmerzlich sei es für Preußen, wenn die wesentlichsten Fortschritte von dem Veto des winzigsten Staates abhängig gemacht werden. (Bravo.) Auf Verkehrswegen ruht noch eine Belastung, die nachgerade unerträglich. Niemandem fiel es ein, die preußische Regierung zu tadeln, daß sie die Volksaufstände in die Nachbarlanden mit den Waffen niederwarf; aber man würde ihr zujauchzen, wenn sie jetzt einschritte in Hessen, in Mecklenburg, in Holstein. Preußen muß vorangehen und die Einmischung fremder Mächte nicht fürchten, denn das ganze deutsche Volk steht ihm in solchem Vorgehen bei. Wenn so Preußen die Reformen im Innern erfüllt und nach außen diejenige Einwirkung zeigt, welcher es berufen und verpflichtet, dann wird der Regierung Niemand die dazu nöthigen Mittel versagen. In allen derartigen Fällen werde Redner die Regierung nicht im Stiche lassen. (Lebhafte Beifallszeichen.)

Herr Prof. Dr. Baltzer nimmt zur Geschäftsordnung das Wort. Er findet es zweckmäßiger, Zeit ersparender, wenn die Interpellationen nicht jedem Candidaten, nachdem er gesprochen, vorgelegt werden, sondern sämmtlichen Candidaten am Schlusse ihrer Candidatenreden. Herr Direktor Wachler führt aus, daß das seitherige Verfahren bereits mehrfach geübt worden sei und nun wohl nicht gut davon abzugehen sei. Er halte auch dafür, daß dieses Verfahren am geeignetsten, ein abgerundetes Bild über einen Candidaten zu gewähren. Demgemäß wäre es wohl am gerathensten, in bisheriger Weise fortzufahren. Herr Baltzer erklärt sich damit nicht einverstanden. Da die Interpellationen doch nur immer wiederkehrende Prinzipienfragen umfaßten, so wäre es Zeitverschwendung, sie bei jedem Candidaten zu wiederholen. Der Vorsitzende zeigt, daß es den Candidaten, welche nicht Urwähler und nicht Einwohner der Stadt seien, ja nicht möglich sei, allen Sitzungen beizuwohnen, um Interpellationen zu gewärtigen. Diese könnten sich doch nur auf die eben anwesenden Candidaten erstrecken. Der seitherige Modus wird beibehalten.

Herr Zimmermeister Rogge erklärt sich einverstanden mit den von dem Candidaten ausgesprochenen Ansichten über die allgemeineren Tagesfragen; er wünsche aber, da er für Breslau gewählt werden solle, zu erfahren, wie Candidat über den oberschlesischen Handel, die Verbindung der Oder mit den Eisenbahnen und die Regulirung jener denke. Herr Commerzienrath Molinari theilt mit, daß Candidat wiederholt über diese Fragen der Handelskammer sehr schätzenswerthe Mittheilungen gemacht und sie dadurch in den Stand gesetzt habe, den Gegenstand besser zu betreiben. Herr v. Carnall bemerkt, er habe bei seinen allgemeinen Auslassungen Anstand genommen, spezielle Fragen für die Provinz zu erörtern. Er erklärt sich unter eingehender Beantwortung der vorgelegten Fragen für Beseitigung von Handelsbeschränkungen, für die einheitliche und durchgreifende Oderregulirung im Wege der Association und für die Verbindung der Wasser- und Eisenstraßen. Herr Justizrath Fischer spricht seine Freude aus über die patriotischen Gesinnungen des Candidaten; er wünsche von ihm zu erfahren, ob Deutschland eine Centralgewalt und ein deutsches Parlament erhalten solle? Wenn er diese Frage den anderen Candidaten nicht vorgelegt, so sei dies deshalb geschehen, weil sie Mitglieder des National-Vereins, welcher bekanntlich fordere, daß seine Angehörigen nur solchen Candidaten ihre Stimme gäben, welche in diesem Punkte mit ihnen übereinstimmen. Der Candidat erklärt sich dafür, wenn er auch nicht angeben könne, wie und wann die Erreichung dieses Zieles einzutreten habe.

Professor Dr. Baltzer begann seine Interpellation an den Candidaten v. Carnall mit dem Bekenntnisse, daß die gehörte Aussprache meistens seinen Beifall habe, besonders aber in der ausgesprochenen Ansicht über die deutsche Frage. Es verstehe sich ganz von selbst, daß es der Herzenswunsch jedes Deutschen sein müsse, das gemeinsame Vaterland wieder einmal die ihm gebührende ebenbürtige Stellung und Größe in dem Concerte der Nationen und Großstaaten einnehmen zu sehen. Er sei in diesem Punkte mit dem Hrn. Candidaten vollkommen darin einverstanden, daß Preußen die gewünschte Einheit Deutschlands durch moralische Eroberungen und innere Stärkung zu erzielen habe. Denn diejenigen, die mit sardinischen Annectirungsgelüsten sich trügen, und in diesem Wege Preußens Größe suchten, seien, so wie er die Situation beurtheile, in einem gewaltigen Irrthum. Sie würden Preußen, anstatt es groß zu machen, an den Abgrund bringen. Nach dieser Bemerkung geht Prof. Dr Baltzer zu zwei anderen Punkten seiner Interpellation über, schickt aber Folgendes über seine Verfassungstreue voraus. Die Partei nenne sich die verfassungstreue. Auch er sei ein Verfassungstreuer und habe, was seine constitutionellen Grundsätze betreffe, dieselben seit dem Jahre 1848 nicht geändert, er sei weder rechts noch links gegangen. Das Wort: verfassungstreu könne aber in doppeltem Sinne genommen werden. Man könne verfassungstreu sein nach dem Buchstaben und nach dem Geiste der Verfassung. In der durch die Zeitungen veröffentlichten Ansprache „An die Wähler Schlesiens" werde von den Vertretern der verfassungstreuen Partei verlangt: daß sie zur Lösung der noch rückständigen Aufgaben „im Geiste der Verfassung" eifrig und hingebend mitwirken. Die Verfassungstreuen nach dem Geiste verstehe er aber so, daß man die Verfassung ausbauen wolle mit Beseitigung der in ihr selbst noch enthaltenen offenen oder verdeckten Widersprüche, damit sie als ein Grundgesetz dastehe, welches innerlich mit sich selbst in Harmonie sei, und der eine Artikel nicht das wieder nehme, was ein anderer Artikel gegeben habe. In diesem Sinne sei auch er ein Verfassungstreuer, und halte sich als Wahlmann für verpflichtet, dem entsprechend das ihm von seinen Mandanten übertragene Mandat bei den Wahlen zu vertreten. Nach dieser Erklärung über seine Verfassungstreue interpellirt Prof. Dr. Baltzer zuerst über das in der bevorstehenden Session zur Vorlage kommende Unterrichts-Gesetz. Er hebt die große Wichtigkeit dieses Gegenstandes hervor. Er erinnert an den Spruch: Wer die Schule hat, der hat die Zukunft. Von der in den Schulen angebahnten Jugendrichtung hänge das künftige Wohl und Wehe des Staates ab. Nun liege zwar das Unterrichtsgesetz noch nicht vor und so könne auch über dessen Inhalt nicht interpellirt werden. Aber die Verfassung enthalte die Grundsätze in den Schulartikeln und nur mit Beziehung auf diese könne eine Interpellation stattfinden. Die Schul-Artikel finde er aber nicht in vollkommener Uebereinstimmung mit dem Artikel 15. Hier ging Professor Dr. Baltzer auf das innere Verhältniß des Art. 15 zu den Schulartikeln näher ein und interpellirte sowohl den Candidaten v. Carnall als auch den Candidaten Prof. Dr. Röpell darüber: ob sie die Schule dem Staate allein zu vindiciren gedächten, oder ob sie neben der Staatsschule auch die Confessionsschule in ebenbürtiger Stellung und bei gleichen an sie zu machenden Ansprüchen für die Volksbildung als öffentliche Schulen anzuerkennen gedächten? Der Candidat v. Carnall antwortete: ohne das zur Vorlage kommende Unterrichtsgesetz zuerst kennen gelernt zu haben, sei es schwer, über diesen Gegenstand sein Urtheil sich zu bilden und müsse er also die Gesetzes-Vorlage zuvor abwarten. Der Candidat Prof. Dr. Röpell ging aber genauer auf die Verfassungsartikel ein. Er bemerkte, daß er diese Interpellation schon in der vor. Versammlung erwartet habe, und daß er deßhalb nicht unvorbereitet sie beantworte. Denn Interpellant habe schon vor drei Jahren bei der Discussion des Steuerprogramms über diesen Punkt gegen ihn sich ausgesprochen. Er seinerseits finde zwischen dem Art. 15 und den Schulartikeln einen direkten Widerspruch nicht, wenigstens brauche ein solcher darin nicht gefunden zu werden. Darauf ging Professor Dr. Röpell auf das innere Verhältniß des Art. 15 zu den Schulartikeln näher ein und interpretirte die letzteren so, daß Dasjenige, was Interpellant wünschte, ebenfalls darin mit enthalten sei und die in Art. 15 der Kirche gegebene Gewährleistung: „Daß sie im Besitze und Genusse bleibe der für ihre Unterrichtszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds," nach seiner Auffassung nicht beeinträchtigt werde. Es seien hier die Confessionsschulen mit gewährleistet und Art. 22 sage außerdem noch: „Unterrichtsanstalten zu gründen und zu leiten stehe jedem frei u. s. w.", also werde diese Gründung auch der Kirche nicht verschränkt. Wie aber in gemischten Gemeinden die Schulangelegenheit sich gestalte, das hänge von den concreten Verhältnissen ab, und so lasse sich darüber ein Urtheil nicht wohl abgeben.

Prof. Dr. Baltzer erklärte sich mit dieser Interpretation der Schulartikel seitens des Candidaten im allgemeinen als zufriedengestellt. Er geht nun zu der neuen Interpellation fort über die Civil-Ehe. Er wolle auch hier einige einleitende Worte vorherschicken. Es sei bekannt, was das Christenthum durch seine Einwirkung dem Menschengeschlechte für Segnungen gebracht habe. Um die Größe dieses Segens zu ermessen, wolle er in Kürze mittheilen, wie in der alten Welt, in den so hoch gerühmten Freistaaten des Alterthums, in Sparta, Athen und Rom das Zahlen-Verhältniß zwischen freien Bürgern und Sklaven sich gestellt habe. (Als der Redner vom Christenthum und seinen Segnungen für die Menschheit zu sprechen begann, entstand eine theilweise Unruhe in der Versammlung und es entfernte sich eine Anzahl von Wahlmännern, wodurch eine Störung entstand.) Der Redner will jetzt fortfahren, wird aber interpellirt, wobei auch der Vorsitzende die ungefähre Aeußerung that: gelehrte Ansprachen seien hier nicht am Orte. Nach einigen Zwischensprachen, wobei der Redner sehr entschieden auf die Wichtigkeit des Gegenstandes hinweist, auch das in der Versammlung für seine Aussprache sich zeigende Interesse hervorhebt, bricht er doch wegen der schon vorgerückten Zeit, nach dem Wunsche der Mehrheit seine einleitenden Worte ab, und geht zur Sache selbst. Er bezeichnet die Civil-Ehe als ein staatsbürgerliches Gesetz, welches die Frucht der französischen Revolution sei. Durch diese sei die moderne rein humanistische Staatsidee mit dem gegen die christliche Religion und Kirche gerichteten bekannten: ecrasez l'infame! in's Leben getreten, und mit ihr auch die Civilehe mit obligatorischer Kraft. Im Prinzip müsse jeder christlich gesinnte Mann und Familienvater, dem das Heil seiner Kinder und Kindeskinder nicht gleichgiltig sei, gegen die Civilehe sein. Er spreche hier nicht pro domo, er spreche im Interesse aller Confessionen. Er giebt dann eine neue Erklärung von obligatorischer und fakultativer Civilehe, erklärt aber für den Fall, daß dieses Gesetz nicht abgehalten werden könne, die obligatorische für entsprechender als die fakultative. Er stellt nun an Professor Dr. Röpell die Interpellation: ob er, wenn die Civilehe nicht abzuhalten sei, dieselbe so wolle, daß dabei auf die religiösen Bedürfnisse der Confessionen Rücksicht genommen werde?

Prof. Dr. Röpell erklärt mit dem Interpellanten sich darin einverstanden, und freut sich dieses Einverständnisses, daß die obligatorische Civilehe entsprechender sei, als die fakultative. Was aber die Interpellation betreffe, so scheine es ihm, daß dabei die Furcht vorhanden sei, es möge durch die Einführung der Civilehe in der christlichen Bevölkerung ein Abfall von der Kirche herbei geführt werden. Diese Furcht halte er für ungegründet und Interpellant selbst sei seines Wissens aus einer Provinz, wo die Civil-Ehe bestehe und solche Folgen nicht gehabt hätte. Um nun auf die gestellte Interpellation einzugehen, so erkläre er zunächst: daß er bei einem Gesetz so wenig Ausnahmen wünsche, als nur möglich. Für die Beantwortung der Interpellation aber scheine es ihm erforderlich, daß die religiösen Bedürfnisse, welche hier zu beachten sein sollen, näher bezeichnet würden. Prof. Dr. Baltzer erklärt sich bereit, diese Bedürfnisse anzugeben, wird aber gleich im Anfange seiner Aussprache durch mehrfachen Ruf: „Schluß" unterbrochen. In Folge dessen erklärt er laut: „Ich trete aus der Partei. Unter Wahlmännern muß jedem Wahlmanne die Freiheit des Wortes zustehen." Mit diesen Worten entfernt sich derselbe.

Breslau, 27. Nov. [Versammlung des conservativ-constitutionellen Wahlvereins vom 26. d. Mts.] Nach Eröffnung der Sitzung zeigt der Vorsitzende Prof. Friedlieb der Versammlung an: Major v. Puttlitz habe seinen Eintritt in das Comité abgelehnt und an seiner Stelle sei Prediger Kutta eingetreten. Die Versammlung genehmiget, daß den Mitgliedern des Vorstandes des conserv.-constit. Wahlvereins, auch den in jüngster Zeit Ausgeschiedenen, Zutritt und Wort in der Wahlvereinsversammlung gestattet werde.

Auf Antrag des Vorsitzenden wird beschlossen, daß Vorschläge von Deputirten, bevor über sie debattirt wird, durch 20 Stimmen unterstützt sein müssen, desgl. auch Anträge auf Streichung derjenigen Namen, die das Comité auf die Candidatenliste gebracht hat.

Es sind dies folgende: J.-R. Hübner, Director Pratsch, Graf Zieten, Schulrath Stüve, Reg.-R. v. Malinckrodt zu Berlin, J.-R. Dr. Windmüller, Stadtger.-R. Fürst, Appell.-Ger.-R. v. Prittwitz, Prof. Kutzen. Oberst v. Falkenhausen hat ferner, wie der Vorsitzende berichtet, den Stadtrath a. D. Ludewig als Abgeordneten schriftlich dem Comite vorgeschlagen. J.-R. Hübner hat eine schriftliche Erklärung eingereicht, die in Bezug auf seine amtliche Stellung eine bedingte Annahme enthält mit der Zusage, daß er die Uebernahme einer Wahl zum Abgeordneten seiner Vaterstadt in die gewissenhafteste Erwägung ziehen werde.

Der Vorsitzende bemerkt noch, daß nach der Ansicht des Comite's es jedenfalls wünschenswerth sei, auch einen katholischen Abgeordneten zu wählen. Der Antrag wird unterstützt und Ludewig auf die Candidatenliste gesetzt.

Stadt-R. a. D. Heymann spricht für die Candidatur Zietens. Der Candidat erklärt, er sei Candidat eines anderen Wahlkreises und werde in letzterem die Wahl annehmen, wenn sie auf ihn falle. Seine Wahl werde eine conservative, keine feudale, keine junkerliche sein. Er sei kein Gegner der Verfassung, die er beschworen, die rein Erforderniß der Gegenwart und bereits ins Volk gedrungen sei. Zum Absolutismus könne nun und nimmermehr zurückgekehrt werden. Er wolle aber die Verfassung und den König über derselben, nicht aber den König als bloßen Vollzieher von Parlamentsbeschlüssen.

Fürst befürwortet Graf Zietens Wahl, indem von ihm keine Frage in Bezug auf seine politischen Anschauungen gestellt werden würde, da er dieselben seit 13 Jahren kenne und ihn schon zweimal zum Abgeordneten gewählt habe. — Oberst v. Falkenhausen unterstützt seinen Vorschlag Ludewigs und erklärt, er selbst werde nur nach seiner Ueberzeugung wählen. — Kaufm. Groß: Ludewig habe ihm noch vor einer Stunde mitgetheilt, es seien ihm Mandate aus der Grafschaft Glaz angetragen, er sei aber nicht in der Lage, ein Mandat annehmen zu können. — Hübner: Vielleicht falle die Antwort anders aus, wenn ihm eine breslauer Wahl angetragen werde. — Fürst ist gegen Ludewig's Wahl, der sich für das conservative Wahlgeschäft nicht im Entferntesten interessirt und kaum noch auf conservativem Boden stehe, wenn er dies auch früher schriftlich erklärt, demohngeachtet aber dem Vorstande einer Ressource angehöre, der die Conservativen für feudale Verfassungsfeinde erklärt und dessen einziger Redner in der betreffenden Versammlung den Conservativen sogar Leibeigenschafts-Gelüste angedichtet habe. — Friedlieb: Ludewig könne ja selbst kommen und sich rechtfertigen. Derselbe empfiehlt Hrn. Schulrath Stüve, der freilich wenig gekannt sei. Reg.-R. v. Malinckrodt sei eine Capacität, ausgezeichnet durch Intelligenz und Rednertalent, und im Besitze einer unerschütterlichen Ruhe. Prof. Kutzen sei hier so bekannt, daß er ihn nicht empfehlen dürfe, er sei allen empfohlen genug. Appellat.-Ger.-R. v. Prittwitz sei eines der hervorragendsten Mitglieder der conservativen Partei im Abgeordnetenhause 6 Jahre lang gewesen. — Fürst empfiehlt J.-R. Dr. Windmüller, einen vollständig unabhängigen und streng conservativen Mann, mit tüchtiger Rechtskenntniß und Redegabe ausgestattet, kein Streber und Stellenjäger. Er selbst lehne jede Wahl ab. — Hübner und Pratsch, bemerkt Friedlieb, seien zu sehr bekannt, um einer Empfehlung zu bedürfen. — Heymann beantragt die genannten Candidaten einzuladen, um hier zu sprechen, welcher Antrag keine Zustimmung erhält. — Hübner und Zieten beantragen eine vorläufige Abstimmung. Fürst dagegen, sie stehe nicht auf der Tagesordnung. Es wird beschlossen, eine zunächst nicht bindende Vorwahl unter den Candidaten abzuhalten, um eine endgiltige Candidatenliste zu erlangen. Hübner, Pratsch, Gr. Zieten, Ludewig werden hierauf durch Abstimmung auf die engere Wahl gebracht. — Hübner: Er komme auf die vertagte Coalitionsfrage zurück. Fortschrittsfreunde, Verfassungstreue seien Namen von Parteien, geben diesen aber keine Prärogative in der Verfassungstreue. Auch die conservativ constitutionelle Partei stehe auf verfassungsmäßigem Boden. Die Parteien gehen auseinander, sobald es zur Beantwortung gesetzgeberischer Fragen komme. Conservativ sei, an Bestehendes die Hand nur alsdann zu legen, wenn durch eine Summe von Erscheinungen das Bedürfniß einer Aenderung sich zeige, und nur alsdann, wenn überhaupt etwas Besseres geschaffen werden könne. — Ein Mann solchen besonnenen Fortschrittes sei Berghauptmann v. Carnall, ein besonders auf verfassungsmäßigem Boden stehender Mann, ein Mann von großen Kenntnissen und reicher Erfahrung, bekannt mit den Interessen des Gewerbes und in Folge praktischer Thätigkeit als Stadtverordneter mit den Gemeindeverhältnissen, der in seiner Hochachtung des Königthums sich mit Jedem messen könne. An solche Person lasse eine Coalition, ohne weiteres Verhandeln mit der Gegenpartei, sich anbahnen, wenn man v. Carnall einen der anderen Candidaten substituirt und ihn ohne Weiteres als Candidat der Conservativen aufstellte. Er selbst sei gern bereit, der aus der Liste Ausscheidende zu sein. Man erziele einen pedantischen Eindruck, wenn man eine der Stadt würdige Wahl vornehme, das sei besser als ausdrücklicher Vertragsabschluß mit der Gegenpartei, man beweise alsdann die Coalition durch die That.

Maurermeister Pesche: Die Handwerker würden Herrn v. Carnall schwerlich wählen, er sei ein Gegner der bestehenden Gewerbegesetzgebung.

v. Falkenhausen unterstützt dringend den Antrag gegen v. Carnalls Wahl. Keine Partei habe die Majorität, für die Conservativen sei sie nur durch Coalition zu erzielen.

Friedlieb: Die Gewerbeordnungsfrage sei so wichtig, daß wir mit Hrn. v. Carnall nicht unser Glück machen würden, wir müßten doch wenigstens seine Ansicht hierüber, über die Heeres-Organisationsfrage, über die Civilehe wissen. Die Präsumtion, daß er in diesen Dingen nicht mit den Conservativen gehe, spreche gegen ihn, da er den Conservativen nicht angehöre, sondern einer Gegenpartei. Wir müßten zur Ueberzeugung über ihn gelangen und zunächst Information über ihn einziehen. Ein Beschluß wird hierüber offengehalten.

Prediger Kutta bittet, mit der nächsten Versammlung sich nicht zu sehr zu beeilen, mögen die Gegenparteien sich inzwischen zersetzen und assimiliren, die große Masse werde geleitet durch Einschläferung und Unentschiedenheit im Princip, er werde bei einer Stichwahl zwischen Demokraten und Verfassungstreuen seiner Stimme sich enthalten und beide Gegenparteien sich selbst überlassen. Er hoffe, daß alle Conservativen dies für principiengemäß und consequent erachten werden.

Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben, und die nächste Sitzung auf Dinstag den 3. Dezember im König von König von Ungarn festgesetzt.

= In der heutigen Wahlmänner-Versammlung der Fortschrittspartei wurde die Berathung über die am Sonnabend aufgestellten Abgeordneten-Candidaten fortgesetzt. Nachdem eine ausführliche Besprechung jedes einzelnen Candidaten, mit Ausnahme des Hrn. v. Kirchmann, dessen Candidatur, vorigesmal definitiv angenommen wurde, stattgefunden hatte, wurde zu einer vorläufigen Zettelabstimmung geschritten. Diese ergab folgendes Resultat. Es waren, nachdem sich bereits eine Anzahl Mitglieder aus der Versammlung entfernt hatte, 154 Zettel eingegangen. Von diesen erhielten Herr Dr. Paur 134, Herr Kaufmann Laßwitz 133 Stimmen; die übrigen vertheilten sich auf die Herren v. Carnall, Prof. Röpell, Schultze-Delitzsch, v. Kirchmann u. s. w.

Wie der Vorsitzende schließlich mittheilte, wird die am Sonnabend bevorstehende allgemeine Wahlmänner-Versammlung in Liebichs Lokal stattfinden. In dieser sollen wo möglich alle bisher empfohlenen Abgeordneten-Candidaten gehört werden. Um Ueberfüllung zu vermeiden, wird der Vorstand für die Zuhörer Karten ausgeben. Der Vorsitzende ersuchte, sich bei den Vorträgen und Debatten aller Beifalls- und Mißfallenszeichen zu enthalten, damit die Verhandlung nicht gestört werde, und überhaupt ein Resultat zu Stande komme.

Einen ausführlichen Bericht über die heutige Versammlung, in welcher u. A. Herr Dr. Honigmann für Schultze-Delitzsch, Herr Dr. Elsner für Dr. Paur und Kaufmann Laßwitz sprachen, müssen wir uns vorbehalten. Schluß der Versammlung kurz vor 10 Uhr.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Southampton, 27. Nov. Die Sonderbundskommissaire Mason und Seidel waren auf dem englischen Postdampfer „Trent" nach England unterwegs, wurden aber gewaltsam von einem amerikanischen Kriegsschiff verhaftet.

Turin, 25. Nov. General Sirtori hat an die „Gazetta di Torino" einen Brief gerichtet, in welchem er sagt, Niemand wünsche mehr, als er, daß der Befehl über die Freiwilligen dem General Garibaldi übertragen werde. Die „Opinione" versichert, in Folge der von der Regierung verfügten Aushebung werde das italienische Heer aus 90 Regimentern Infanterie, 7 Scharfschützen-Brigaden und 22 Regimentern Kavallerie bestehen. Die Anleihe steht auf 69. 25.

Washington, 9. Nov. Die Unmöglichkeit der Baumwoll-Ausfuhr nach Europa ist nicht das Ergebniß des zwischen der Unions-Regierung und den Revolutionären ausgebrochenen Krieges, sondern vielmehr das Werk der Rebellen, deren Congreß durch einen Act vom Monat Juli die Ausfuhr verboten hat. Dieses Verbot hat den Zweck, Frankreich und England durch den Ruin ihrer Fabriken und die Unzufriedenheit ihrer Fabrikarbeiter zur Anerkennung des südlichen Bundes zu nöthigen. (Mit der bloßen Anerkennung würde diesem doch nur wenig gedient sein, so lange England und Frankreich ihre bisherige neutrale Haltung beobachten.) Man hat nichts Näheres über die Landung der großen Flotten-Expedition vernommen (seitdem ist die bekannte Depesche vom 14. d. M. in Europa eingetroffen), doch ist der Erfolg verbürgt. Sie wird es der Unions-Regierung ermöglichen, sich im Herzen des Bezirks festzusetzen, wo die unter dem Namen Sea-island bekannte Baumwolle gebaut wird. Von Port-Royal aus wird auf Rechnung der Regierung eine regelmäßige Ausfuhr der Baumwolle Georgiens und Carolina's stattfinden. Die Regierung wird sich mit den Pflanzern in Einvernehmen setzen, welche die Wiederherstellung der Union wünschen und die socialen Folgen des Krieges fürchten. Das Unions-Heer am Potomac wird alle Tage zahlreicher und gewinnt an Disciplin. Man wartet noch ab, ehe man in Virginien operirt. An allen andern Stellen wird die Rebellion auf ihr eigenes Gebiet zurückgedrängt. Die Listen des Kriegs-Departements zeigen, daß 375,000 Mann unter den Waffen stehen, um die Republik zu retten.'

Vera-Cruz, 14. Okt. Der frühere Präsident Commonfort hat an der Spitze von 4000 Mann, die er selbst organisirte, die Nord-Grenze überschritten und hat sich nur noch 20 Kilometer von der Hauptstadt befunden. Man macht sich auf einen baldigen Kampf zwischen der Partei Commonforts und derjenigen des gegenwärtigen Präsidenten, Juarez, gefaßt.

Genf, 25. Nov. James Fazy ist wieder durchgefallen, trotz der Anstrengungen der Ultramontanen; Fol-Bry (?) hat beinahe 2000 Stimmen mehr erhalten.

Bekanntmachung.

Da nach neueren Mittheilungen der kaiserl. königl. österreichischen Behörden die **Rinderpest** eine immer weitere Ausdehnung in Nieder-Oesterreich und Böhmen gewinnt, so sehen wir uns genöthigt, die nach Maßgabe unserer Amtsblatt-Bekanntmachung vom 14ten d. Mts. angeordneten Grenz-Sperrmaßregeln in Gemäßheit des § 2 ad b der Verordnung vom 27. März 1836 auch auf das **Schwarz-** und **Wollen-Vieh** auszudehnen.

Wir bestimmen daher in Ergänzung der gedachten Amtsblatt-Bekanntmachung, daß **Schwarz-** und **Wollen-Vieh** am Einlaßorte einer sorgfältigen Reinigung durch Schwemmung oder durch Wäsche in bedeckten Räumen unterworfen werden muß und einer gleich sorgfältigen Reinigung sich auch nach dem Bemessen der ausführenden Behörde die Treiber unterziehen müssen.

Sollten ungünstige Witterungs-Verhältnisse die Ausführung der ersteren Maßregeln unmöglich machen, so darf das Schwarz- und Wollen-Vieh aus den österreichischen Staaten gar nicht eingelassen werden. [1569]

Oppeln, den 25. November 1861.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Mit einer Beilage.